

# Verfassung und Verwaltungsorganisation

## Veränderungen in den Vertretungskörpern

Ihre Mandate als Mitglieder des Gemeinderates legten zurück: Gertrude *Härtel* (ÖVP) mit 15. Jänner, Dkfm. Dr. Maria *Schaumayer* (ÖVP) mit 24. September, Dkfm. Gerhard *Ammann* (ÖVP) mit 30. November.

Folgende Ersatzmänner wurden in den Gemeinderat berufen und angelobt: Dr. Johannes *Hawlik* (ÖVP) am 30. Jänner, Richard *Helmer* (ÖVP) am 22. Oktober, Mag. Dipl.-Ing. Roderich M. *Regler* (ÖVP) am 6. Dezember. Am 22. Jänner wurde Dr. Matthias *Glatzl* (ÖVP) an Stelle von Gertrude *Härtel* (ÖVP) zu einem der Vorsitzenden des Gemeinderates gewählt.

In den Gemeinderatsausschüssen ergaben sich folgende Änderungen:

Es wurden gewählt in den

Gemeinderatsausschuß für Personal und Rechtsangelegenheiten Gemeinderat *Helmer* (ÖVP) an Stelle von Gemeinderat Dr. *Glatzl* (ÖVP) am 17. November;

Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales Gemeinderat Dr. *Hawlik* (ÖVP) an Stelle von Gemeinderat Gertrude *Härtel* (ÖVP) am 22. Jänner;

Gemeinderatsausschuß für Umwelt und Freizeit Gemeinderat Dr. *Hawlik* (ÖVP) an Stelle von Gemeinderat *Neumann* (ÖVP) am 22. Oktober;

Gemeinderatsausschuß für Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz Gemeinderat *Neumann* (ÖVP) an Stelle von Gemeinderat Dkfm. Dr. Maria *Schaumayer* (ÖVP) am 22. Oktober;

Gemeinderatsausschuß für Straße, Verkehr und Energie Gemeinderat Mag. Dipl.-Ing. *Regler* (ÖVP) an Stelle von Gemeinderat Dkfm. *Ammann* (ÖVP) am 6. Dezember;

Kontrollausschuß die Gemeinderäte *Edlinger* (SPÖ) und *Lacina* (SPÖ) an Stelle der Gemeinderäte Elisabeth *Schindler* (SPÖ) und Margarete *Tischler* (SPÖ) am 23. September; Gemeinderat *Neumann* (ÖVP) an Stelle von Gemeinderat Dkfm. Dr. Maria *Schaumayer* (ÖVP) am 22. Oktober; Gemeinderat Dr. *Mayr* (ÖVP) an Stelle von Gemeinderat Dkfm. *Ammann* (ÖVP) am 6. Dezember.

In die Gemeinderätliche Personalkommission wurden am 17. November Gemeinderat *Helmer* (ÖVP) an Stelle von Gemeinderat Dr. *Glatzl* (ÖVP) gewählt.

Folgende Mitglieder schieden als Vertreter Wiens aus dem Bundesrat aus: Dr. Anna *Demuth* (SPÖ) mit 30. Juni, Mag. Tibor *Karny* (SPÖ) mit 31. Dezember, Johann *Matzenauer* (SPÖ), im Hinblick auf seine Angelobung als Abgeordneter zum Nationalrat, mit 10. Jänner 1983.

Folgende neue Mitglieder des Bundesrates wurden gewählt: am 30. Juni Elisabeth *Dittrich* (SPÖ), am 10. Dezember Walter *Strutzenberger* (SPÖ) mit 31. Dezember und Norbert *Tmej* (SPÖ) mit 10. Jänner 1983.

Der Gemeinderat trat zu 12 öffentlichen und 10 nichtöffentlichen Sitzungen, der Landtag zu 7 Sitzungen zusammen. Der Stadtsenat hielt 36, die Landesregierung 37, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuß 3 und das Immunitätskollegium 2 Sitzungen ab. Der Gemeinderat behandelte in seinen Sitzungen 1.001, der Landtag 18, der Stadtsenat 2.916, die Landesregierung 829, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuß 5 und das Immunitätskollegium 3 Geschäftsstücke.

## Magistratsdirektion

Die Magistratsdirektion bestand im Jahre 1982 aus den Referaten Präsidialbüro, Büro des Magistratsdirektors, Ehrenzeichenkanzlei, Koordinationsbüro, Verwaltungsakademie, Verwaltungsrevision, Verwaltungsorganisation, Automatische Datenverarbeitung, Rechtsmittelbüro, Verwaltungstechnik, Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten sowie Stadtbaudirektion.

Im Jahre 1982 sind dem Präsidialbüro nahezu 7.000 Einlaufstücke zur Bearbeitung zugegangen.

Dem Repräsentationsreferat oblagen die Vorbereitung und Durchführung von 473 gesellschaftlichen Veranstaltungen, 38 Eröffnungsfeierlichkeiten, Grundsteinlegungen und Spatenstichfeiern sowie von 22 sonstigen Veranstaltungen verschiedenster Art. Bei den 473 gesellschaftlichen Veranstaltungen wurden insgesamt 61.091 Besucher gezählt, wovon 21.848 aus dem Ausland kamen. Im Hinblick auf die Zahl der Teilnehmer sind der Empfang anlässlich der Angelobung von 2.180 Jungmännern, die Jungbürgerbälle mit 2.220 Besuchern, die Empfänge anlässlich des Kongresses der Europäischen Gesellschaft für Urologie mit 870 Besuchern, des Weltkongresses des Bureau Internationale de la Récupération (B.I.R.) mit 920 Besuchern, des Bestandsjubiläums „25 Jahre Gardebataillon“ mit 890 Besuchern, des Weltkongresses der Sokolorganisation mit 1.000 Besuchern, des Internationalen Jugendmusikfestes mit 1.530 Besuchern sowie aus Anlaß der Tagung deutschsprachiger Dermatologen mit 1.070 Teilnehmern zu nennen.

Die Vorbereitung der In- und Auslandsreisen des Herrn Bürgermeisters sowie des Besuches ausländischer Delegationen und deren Betreuung während des Aufenthaltes in Wien waren ein weiterer wichtiger Aufgabenbereich des Repräsentationsreferates.

Im Jahre 1982 besuchten folgende Persönlichkeiten das Wiener Rathaus und trugen sich in das Goldene Buch der Stadt Wien ein: am 11. März der Führer der großen Al-Fatah-Revolution der Sozialistischen Libyschen Arabischen Volks-Dschamahirija, Revolutionsführer Oberst Muammar *Al-Ghadhafi*, am 26. April S.E. der Premier- und Verteidigungsminister von Thailand, General *Prem Tinsulanonda*, am 17. Juni S. E. der Präsident der Französischen Republik, *François Mitterand*, am 11. August S. E. der Generalsekretär der Vereinten Nationen, *Javier Perez de Cuéllar*, am 12. Oktober S. E. der Präsident der Republik Portugal, General António Ramalho *Eanes*, und am 17. November S. E. der Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, Dr. *Gustáv Husák*.

In der Volkshalle des Wiener Rathauses wurden nachstehende Ausstellungen gezeigt: vom 25. Jänner bis 7. Februar die Biennale graphischer Kunst der dritten Welt (3.450 Besucher), vom 17. Februar bis 7. März „Das andere Palma“ (14.180 Besucher) und vom 20. November bis 26. Dezember die Weihnachtsausstellung (188.200 Besucher).

Folgende **E r ö f f n u n g e n**, Grundsteinlegungen, Benennungen und Inbetriebnahmen wurden vorbereitet und durchgeführt: Am 16. Jänner wurde die neue Autobuslinie 7 A auf dem Reumannplatz in Betrieb genommen, am 25. Jänner die Ausstellung „Biennale graphischer Kunst in der dritten Welt“ und am 17. Februar die Ausstellung „Das andere Palma de Mallorca“ eröffnet. Die feierliche Eröffnung der städtischen Bücherei in 2, Engerthstraße 197, wurde am 17. März, die des Kindertagesheimes und der Mutterberatungsstelle der Stadt Wien in 18, Waldeckgasse 5, am 18. März, die der städtischen Bücherei in 4, Favoritenstraße 8, am 2. April begangen. Die Benennung der städtischen Wohnhausanlage in 15, Clementinengasse 11–17, in „Prof.-Karl-Czernetz-Hof“ fand am 17. April, die Grundsteinlegung für die städtische Wohnhausanlage in 10, Absberggasse–Puchsbaumgasse am 21. April, die Benennung der städtischen Wohnhausanlage in 19, Grinzinger Straße 54, in „Anton-Proksch-Hof“ am 21. April, die der Wohnhausanlage in 21, Marco-Polo-Platz in „Heinz-Nittel-Hof“ am 30. April statt. Die Wiener Festwochen 1982 wurden am 8. Mai, das Tagesheim der Stadt Wien in 10, Kornauthgasse 4, am 14. Mai, das Aufforstungsgebiet „Laaer Wald“ am 23. Mai, der erste Abschnitt des Mittelteiles der Donauinsel am 30. Mai, die städtische Wohnhausanlage „Am Sandberg“, deren Benennung gleichzeitig durchgeführt wurde, am 5. Juni und die Ganztagsvolksschule in 15, Reichsapfelgasse 30, am 9. Juni eröffnet. Die Spatenstichfeier für den Neubau der Internationalen Schule Wien fand am 15. Juni, die Besichtigung der nach einem Brand wieder instand gesetzten Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien in 3, Henneberggasse 3, am 5. Juli, die Eröffnung des „Z“-Radweges in Favoriten am 11. Juli, die Eröffnung der 1. Internationalen Volkskunstfestspiele Wien am 1. September und die Inbetriebnahme des Teilabschnittes der U-Bahn-Linie U 1 vom Zentrum Kagran bis Praterstern am 3. September statt. Am 17. September fand der feierliche Spatenstich für die städtische Wohnhausanlage in 11, Simmeringer Hauptstraße 34–40, am 19. September die Eröffnung der Seniorenwoche 1982, am 6. Oktober die feierliche Übergabe der Schulstandortgemeinschaft Polgarstraße und am 9. Oktober die Benennung der städtischen Wohnhausanlagen, 15, Johnstraße 25–27, in 15, Rustengasse 9, und 21, Gerichtsgasse 2, in „Franz-Kinkor-Hof“, „Anton-Matourek-Hof“ und in „Karl-Heinz-Hof“ statt. Die Eröffnung des Pflegeheimes im Sozialmedizinischen Zentrum Ost der Stadt Wien erfolgte am 11. Oktober, die Spatenstichfeier für das Hallenbad „Großfeldsiedlung“ und die Eröffnung des städtischen Hallenbades Donaustadt am 12. Oktober, die Eröffnung der Brigittener Brücke, des Berufsrehabilitationszentrums Floridsdorf und des Kindertagesheimes der Stadt Wien in 4, Mühlgasse 23–25, am 25. Oktober, die Spatenstichfeier für die Sportanlage der Stadt Wien in 10, Franz-Koci-Straße, am 2. Dezember, die Eröffnung des Eisringes Süd in 10, Raxstraße–Windtenstraße, am 8. Dezember, die Grundsteinlegung für ein Wiener Pensionistenheim in 13, Schrutkagasse–Meytengasse, am 20. Dezember, die für ein weiteres Pensionistenheim in 15, Oelweingasse 15–17, am 22. Dezember und die Benennung des Pensionistenheimes Erdberg in Pensionistenheim „Maria Jacobi“ am 28. Dezember.

An 1.031 Neunzigjährige, 280 Fünfundneunzigjährige und an 54 Hundert- und Mehrjährige, somit an 1.365 Wiener Geburtstagsgeliebte, wurden im Rahmen von Ehrungen die Anerkennungsgebühren der Stadtverwaltung überreicht.

Insgesamt wurden 1.446 Hochzeitsjubiläare in das Wiener Rathaus zu Feiern eingeladen und ihnen die Erinnerungsdiplome überreicht. 5 von ihnen feierten die steinerne, 11 die eiserne, 290 die diamantene und 1.140 die goldene Hochzeit.

Das **Stenographenbüro** erstellte die Stenographischen Protokolle über 8 Landtags- und 12 Gemeinderatssitzungen im Umfang von zusammen 1.697 Druckseiten sowie über 36 Sitzungen der Landesregierung und des Stadtsenates mit insgesamt 1.060 Maschinschreibseiten.

Die Gesamtzahl der vom **Übersetzungsdienst** im Jahre 1982 bearbeiteten Geschäftsstücke betrug 1.153, wobei 28 Sprachgebiete vertreten waren. Wie in den vergangenen Jahren wurde der Übersetzungsdienst auch im Jahre 1982 für Dolmetschdienste bei Empfängen, Fachgesprächen, Führungen, offiziellen Besuchen, Verhandlungen usw. von verschiedenen Abteilungen und Dienststellen des Magistrates herangezogen.

Einer der Schwerpunkte der Tätigkeit des **Büros des Magistratsdirektors** lag auch im Jahre 1982 wieder auf dem Gebiet des Verfassungsdienstes. Die Wiener Stadtverfassungskommission (WStV-K), die im Büro des

Magistratsdirektors eingesetzt worden war, um eine umfassende Überarbeitung der Wiener Stadtverfassung — vor allem hinsichtlich der Gesetzessprache, Systematik und Übersichtlichkeit — vorzunehmen, hielt im Jahre 1982 24 Sitzungen ab. Aus Anlaß der 50. Sitzung fand am 3. Dezember 1982 in Eichgraben ein ganztägiges Seminar statt, bei dem Herr Univ.-Prof. Dr. *Schönherr* einen Vortrag über die Gesetzessprache hielt.

Im Rahmen des Legistischen Dienstes waren 130 Gesetz- und Verordnungsentwürfe des Bundes zu begutachten. Außerdem wurden die Vorlagen von 13 Landesgesetzen, 15 Verordnungen der Landesregierung, 6 Verordnungen des Landeshauptmannes und 4 Kundmachungen des Magistrates einer Prüfung unterzogen. Im Hinblick auf die steigende Bedeutung des Umweltschutzes und die damit verbundene vielschichtige Problematik sind in diesem Zusammenhang der Entwurf eines Bundesgesetzes über die Beseitigung bestimmter Sonderabfälle (Sonderabfalibeseitigungsgesetz) sowie der Entwurf eines Bundesgesetzes über die Bundesanstalt für Umweltkontrolle und Strahlenschutz zu erwähnen. Wegen der Komplexheit der Materie erweisen sich der Entwurf eines Bundesgesetzes über das Verbot der Ausfuhr von Gegenständen von geschichtlicher, künstlerischer oder kultureller Bedeutung (Ausfuhrverbotsgesetz), der Entwurf eines Bundesgesetzes zum Schutz verdeckter und vermuteter Denkmale (Gesetz über Fundhoffnungsgebiete) sowie der Entwurf einer Novelle zur Bauordnung von Wien von besonderer Bedeutung. Einen wesentlichen Anteil der Begutachtungstätigkeit hatten auch die zahlreichen Novellen zu den Sozialversicherungsgesetzen, die wegen der Kompliziertheit des Regelungsinhaltes eine besonders intensive Befassung mit der Sachmaterie erforderten. Von den Landesgesetzen, die im Jahre 1982 vom Landtag beschlossen wurden, ist eine Novelle zum Wiener Veranstaltungsgesetz hervorzuheben. Mit diesem Gesetz wurde der Betrieb von Spielapparaten einer Neuregelung unterzogen.

Den Vorarbeiten für den Abschluß von Vereinbarungen nach Art. 15 a B-VG kam auch im Jahre 1982 besondere Bedeutung zu. So wurde in mehreren Beratungen mit dem Bundeskanzleramt der Entwurf einer Vereinbarung zum Vergabegesetz ausgearbeitet, der den Anforderungen Wiens weitgehend Rechnung trägt. Nach umfangreichen Vorarbeiten wurde die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15 a B-VG über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl abgeschlossen. Die Unterzeichnung erfolgte durch den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz und die Landeshauptmänner bei der LH-Konferenz vom 18. November 1982.

Im Rahmen des Verfassungsdienstes und des Legistischen Dienstes wurden wie in den Vorjahren auch 1982 zahlreiche Anfragen beantwortet. Einen breiten Raum nahmen stets auch die vom Büro des Magistratsdirektors auszuarbeitenden Rechtsgutachten ein, die immer vor allem von politischen Funktionären angesprochen werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit des Büros des Magistratsdirektors lag auch 1982 in der Herausgabe von Erlässen. Zur Regelung rechtlicher und organisatorischer Fragen wurden insgesamt 135 Erlässe herausgegeben. Nach umfangreichen Untersuchungen der Anlaßfälle erging die Richtlinie für die Inanspruchnahme der Notkompetenz, MD — 1191 — 1/82, vom 20. Juli 1982. Dem Erlaß waren eine systematische Erfassung und Auswertung aller Anträge gemäß § 98 WStV, die im Verlauf eines Kalenderjahres gestellt worden sind, vorgegangen.

Dem verstärkten Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung haben folgende Erlässe Rechnung getragen:

- Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung bei der Ausschreibung und Abwicklung von Aufträgen, MD — 1190 — 1/81, vom 19. April 1982,
- Änderung der Kollaudierungsvorschrift, MD — 1190 — 3/81, vom 19. April 1982,
- Umstellung der Grundbücher auf automatische Datenverarbeitung, Regelung der Vorgangsweise bei der Antragstellung auf Ausfertigung von Grundbuchsabschriften, MD — 2109 — 41/79, vom 20. Juli 1982,
- Koordinierung der Maßnahmen im Straßenbereich, MD — 1157 — 1/82, vom 2. August 1982.

Zur Verbesserung der Gebarungssicherheit erfolgte eine Neufassung folgender Erlässe:

- Stempelgebühren, Verwaltungsabgaben, Kommissions- und Überwachungsgebühren; Einhebung und Verrechnung, MD — 1379 — 2/81, vom 21. Jänner 1982,
- Vorschrift für die Gebarung und Verrechnung der stehenden Verläge, MD — 2089 — 3/81, vom 5. Mai 1982.

3.024 Geschäftsfälle wurden von der Verbindungsstelle der Bundesländer an den Herrn Landesamtsdirektor bzw. an das Amt der Wiener Landesregierung herangetragen und vom Büro des Magistratsdirektors — in den meisten Fällen nach Einholung von Stellungnahmen der betroffenen Fachdienststellen — erledigt.

Die Kanzlei des Büros des Magistratsdirektors hatte insgesamt 8.933 Geschäftsstücke zu protokollieren.

Das Büro des Magistratsdirektors bereitete 2 Landeshauptmännerkonferenzen, 2 Landtagspräsidentenkonferenzen, 4 Landesamtsdirektorenkonferenzen — 2 ordentliche und 2 außerordentliche — sowie eine Magistratsdirektorenkonferenz vor.

Einen weiteren wesentlichen Aufgabenbereich des Büros des Magistratsdirektors stellt die Dienstaufsicht über die Leiter von Magistratsabteilungen und magistratischen Bezirksämtern, Bedienstete mit Sonderaufgaben, Bedienstete der Magistratsdirektion, soweit sie dem höheren Dienst angehören oder als Sondervertragsbedienstete im höheren Dienst tätig sind, alle sonstigen rechtskundigen Bediensteten und die Redakteure der Stadt

Wien dar. Mit Stichtag 21. Dezember 1982 waren dies 329 Bedienstete, wovon 200 dem rechtskundigen Dienst angehörten. Im Jahre 1982 erfolgten im Dienstaufsichtsbereich 15 Aufnahmen in den städtischen Dienst, 9 Übernahmen von Bediensteten aus anderen Dienstaufsichtsbereichen und 16 Versetzungen. Ausgeschieden sind 16 Bedienstete.

Hinsichtlich der Bestellung von Bediensteten mit Sonderaufgaben gemäß § 11 a der Geschäftsordnung für den Magistrat waren die Vorarbeiten für eine Neubestellung (Projektleiter für die umweltfreundliche Beseitigung von Müll) zu leisten. Das Büro des Magistratsdirektors hatte ferner die Ausschreibungen für die Besetzung von 7 Posten von Dienststellenleitern des Magistrates und 8 Leiterdienstposten der Wiener Stadtwerke durchzuführen. Außerdem wurden 2 interne Postenausschreibungen vorgenommen.

Die Prüfung für den rechtskundigen Dienst haben vier Bedienstete mit Erfolg abgelegt.

Der Disziplinarkommission lagen 55 Fälle, der Berufungskommission in Disziplinarsachen 5 Fälle zur Erledigung vor.

Im Rahmen der Bürogeschäfte des Landessanitätsrates hatte das Büro des Magistratsdirektors zwei Sitzungen des Landessanitätsrates vorzubereiten und einzuberufen. Für drei leitende ärztliche Stellen in städtischen Krankenanstalten mußten die Bewerber begutachtet werden. Dem Herrn Landeshauptmann war in der Folge jeweils ein Gutachten über diese Bewerber zu erstatten.

Im Jahre 1982 wurden an das Referat für Auszeichnungen und Remunerationen 606 Anträge auf Förderungen und 8.952 Anträge auf Gewährung von Remunerationen gestellt.

Wie bereits in den vergangenen Jahren hatte das Büro des Magistratsdirektors auch im Jahre 1982 zwei Bezirksamtsleiterbesprechungen vorzubereiten und durchzuführen.

Im Rahmen der Fachaufsicht über die Schlichtungsstellen wurden drei Schlichtungsreferentenbesprechungen abgehalten.

Zur Verstärkung der Einflußmöglichkeit auf die Entsorgung von Müll und Sondermüll wurde Senatsrat Dr. *Skyba*, ein Mitarbeiter des Büros des Magistratsdirektors, mit 18. März 1982 zum Projektleiter für die umweltfreundliche Beseitigung von Müll (einschließlich Sondermüll) unter Rückgewinnung wiederverwertbarer Rohstoffe oder Erzeugung von Energie bestellt. In dieser Funktion wurden in enger Zusammenarbeit mit dem zuständigen amtsführenden Stadtrat zahlreiche Verhandlungen zur Verbesserung der Müllentsorgung geführt und Entscheidungsgrundlagen erarbeitet.

Nach der Feststellung von Grundwasserverunreinigungen im 21. und 22. Bezirk mußten sofort die entsprechenden organisatorischen Maßnahmen getroffen werden, die den Erlaß der Magistratsdirektion über das Verfahren im Zusammenhang mit der schwerpunktmäßigen Überprüfung von Gewerbebetrieben vom 16. August 1982, MD — 1298 — 5/82, zur Folge hatten.

Der Rechnungshof hat folgende Berichte übermittelt, die dem Stadtsenat zur Beschlußfassung über eine Äußerung und die zu treffenden Maßnahmen bzw. dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorgelegt wurden:

- Ergebnis der Gebarungsprüfung 1981 der Verkehrsverbundorganisationsgesellschaft m. b. H. Wien, Beschluß des Stadtsenates vom 7. Dezember 1982, Pr.Z. 3619, Beschluß des Gemeinderates vom 28. Jänner 1983, Pr.Z. 66,
- Ergebnis der Überprüfung der Einrichtungen der Innenrevision der Stadt Wien, Beschlüsse des Stadtsenates vom 5. Oktober 1982, Pr.Z. 2819, und vom 30. November 1982, Pr.Z. 3566.

Im Rahmen des Betrieblichen Vorschlagswesens (BVW), dessen Bürogeschäfte das Büro des Magistratsdirektors führt, sind im Jahre 1982 296 Anregungen zur Verbesserung der Verwaltung der Stadt Wien eingelangt. Die Gesamtzahl der seit der Institutionalisierung des Vorschlagswesens im Jahre 1970 eingereichten Verbesserungsvorschläge hat sich damit auf 2.224 erhöht. Von den 128 in den drei Sitzungen des Ausschusses für das Betriebliche Vorschlagswesen im Jahre 1982 beurteilten Vorschlägen konnten 34 für eine Realisierung geeignet befunden und mit Prämien bedacht werden. Die Summe der zuerkannten Prämien betrug 113.800 S, die höchste Einzelprämie 50.000 S, das ist die höchste Einzelprämie seit Bestehen des Betrieblichen Vorschlagswesens der Stadt Wien.

Die Beratende EDV-Kommission hat die Aufgabe, sich mit allen Fragen der automatischen Datenverarbeitung im Bereich des Magistrates zu befassen und hierbei insbesondere die Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Dringlichkeit von EDV-Vorhaben zu prüfen, Prioritäten und zeitliche Abläufe festzulegen und die Durchführung der genehmigten Projekte zu verfolgen. Ziel ihrer Tätigkeit ist es, dem Magistratsdirektor Grundlagen für Entscheidungen auf diesem Gebiet an die Hand zu geben. Die Kommission hat im Jahre 1982 elfmal getagt. In den beiden letzten Sitzungen wurde auch über die Fortschreibung des 1979 entwickelten mittelfristigen EDV-Konzeptes um ein weiteres Jahr beraten.

Im Jahre 1982 wurden von der Magistratsdirektion-Ehrenzeichenkanzlei (MDE) 353 Prüfungsverfahren im Bereich von Auszeichnungen des Landes und der Stadt Wien durchgeführt sowie 317 Akten, betreffend Bundesauszeichnungen bzw. die Verleihung von Berufstiteln, bearbeitet.

Der Ehrenring der Stadt Wien wurde Hofrat Prof. Dr. Egon *Seefehlner* überreicht.

Die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold erhielten unter anderen der Graphiker Erich *Sokol*,

der Schauspieler Max Böhm, der Veterinärwissenschaftler em. o. Hochschulprofessor Dr. DDr. mult. h. c. Michael Zacherl, der Journalist Heinz Fischer-Karwin und der Präsident des PEN-Clubs Prof. Erich Wickenburg.

Die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber bekamen die Schauspielerinnen Aglaja Steinboeck-Schmid und Elisabeth Salzer-Rambauser.

Insgesamt wurden 51 Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt Wien vergeben.

Drei Prof.-Dr.-Julius-Tandler-Medaillen in Silber sowie zwei Otto-Glöckel-Medaillen wurden verliehen.

Das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien wurde dem Bundesminister a. D. Dr. Ingrid Leodolter und dem Generaldirektor der Wiener Stadtwerke, Kommerzialrat Dr. Karl Reisinger, überreicht.

8 Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien wurden vergeben. Unter den Ausgezeichneten befinden sich der Präsident der Post- und Telegraphendirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland, Dr. Kurt Lukner, der Präsident des Bundesdenkmalamtes, Dr. Erwin Thalhammer und der Präsident der Notariatskammer für Wien, Prof. Dr. Kurt Wagner.

57 Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien wurden unter anderem dem Mediziner a. o. Univ.-Prof. Dr. Jörg Böbler sowie 20 Mitgliedern des Gemeinderates überreicht.

29 Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien wurden unter anderem an den Bezirksvorsteher Wolfgang Schmied, den Bezirksvorsteher-Stellvertreter Peter Eremias und den Leiter der Aktion „Sonnenzug“, Amtsdirektor Erich Engel, vergeben.

64 Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien wurden überreicht. Die Auszeichnung erhielten unter anderem die Theaterdirektorin Prof. Stella Kadmon, der Wienerliedersänger Horst Chmela sowie verschiedene Funktionäre der Wiener Handelskammer.

41 Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien wurden vergeben, darunter an verschiedene Bezirksvorsteher-Stellvertreter und Bezirksräte sowie 11 Bedienstete des Theaters an der Wien.

Rettungsmedaillen des Landes Wien wurden an zwei Bedienstete der Bundespolizeidirektion Wien verliehen.

84 Einsatzmedaillen des Landes Wien wurden vergeben. Es wurden dadurch unter anderem 70 Bedienstete der Bundespolizeidirektion Wien — 55 aus Anlaß des Zugunglücks am Wiener Südbahnhof und 15 anlässlich eines Entgiftungseinsatzes —, 9 Bedienstete des Wiener Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes und 4 Angehörige von Freiwilligen Feuerwehren geehrt.

Die Medaille für Verdienste im Wiener Feuerwehr- und Rettungswesen in Silber (40jährige Dienstzeit) erhielten zwei Angehörige des Österreichischen Roten Kreuzes.

Die Medaille für Verdienste im Wiener Feuerwehr- und Rettungswesen in Bronze (25jährige Dienstzeit) wurden an 9 Bedienstete des Wiener Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes, 4 Angehörige des Österreichischen Roten Kreuzes sowie an eine Schwesternhelferin vergeben.

Neben den angeführten Ehrungen wurde dem Ersuchen von Bundesdienststellen, die regelmäßig an den Herrn Landeshauptmann bzw. an das Amt der Wiener Landesregierung herantreten, Insignien oder Dekrete auszufolgen oder zu überreichen, entsprochen. In diesem Zusammenhang wird bemerkt, daß es sich bei diesen Ausfolgungen überwiegend um die Dekrete über die Verleihung von Berufstiteln, wie z. B. „Hofrat“ und „Regierungsrat“, sowie um die Insignien sichtbarer Bundesauszeichnungen handelt.

Die — bereits seit längerer Zeit geübte — äußerst sparsame Vorgangsweise beim Ankauf von Insignien hat sich weiterhin finanziell günstig ausgewirkt. Die Ausgaben für Ehrenzeichen, Medaillen, Diplome usw. und für die Durchführung von Ehrungen konnten dadurch wesentlich gesenkt werden.

Der Arbeitsablauf wurde durch die Auflage neuer Vordrucke für diverse amtliche Anfragen und Mitteilungen übersichtlicher gestaltet.

Das Prüfungsverfahren, betreffend Landes- und Stadtauszeichnungen sowie Bundes Ehrungen, konnte im Jahre 1982 durch die Einholung von Stellungnahmen weiterer Dienststellen und anderer Institutionen verbessert werden.

Im Jahre 1982 wurden von der Magistratsdirektion-Koordinationsbüro (MD-KOB) für die Stadtentwicklung wichtige Problembereiche, die zum Teil bereits in den Vorjahren Gegenstand der Behandlung waren, weiterbearbeitet. Schwerpunkte der Bearbeitung waren insbesondere die Vertretung der Interessen Wiens bei der Volkszählung, Probleme der Stadterneuerung sowie des Stadtentwicklungsplanes.

Im Jahre 1981 wurde in Gesamtösterreich mit Stichtag 12. Mai die Volkszählung durchgeführt. Bereits im Zuge der Erhebung wurde von der Stadt Wien festgestellt, daß sich eine Reihe von Personen, die in Wien Wohnungen besaßen, in anderen Gemeinden zählen ließen. Von der Magistratsdirektion-Koordinationsbüro wurden im Zusammenwirken mit den Fachdienststellen bereits anlässlich des Zählvorganges bei diesen Personen Merkmale erhoben, die auf einen Mittelpunkt der Lebensbeziehungen in Wien schließen ließen.

Bei der Übergabe der Zählunterlagen der Gemeinde Wien an das Österreichische Statistische Zentralamt wurden diesem die von Wien gemachten Wahrnehmungen mit der Bitte um Überprüfung der 30.636 Reklamationsfälle mitgeteilt. Anlässlich der Kundmachung der Volkszählungsergebnisse am 30. Jänner 1982 durch das Österreichische Statistische Zentralamt mußte die Stadt Wien feststellen, daß die von ihr geltend gemachten Reklamationsfälle bei der Endauswertung durch das Österreichische Statistische Zentralamt nicht entsprechend

berücksichtigt wurden. Im Hinblick auf die weitreichenden Folgen der Ergebnisse der Volkszählung, insbesondere für die Verteilung der Nationalratsmandate und für die Verteilung der Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, sah sich die Stadt Wien veranlaßt, die Ergebnisse der Volkszählung 1981 beim Verfassungsgerichtshof anzufechten. Von der Gemeinde und vom Land Wien wurde beim Verfassungsgerichtshof eine Klage nach Art. 137 B-VG wegen Leistung von Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben und ein Antrag der Wiener Landesregierung nach Art. 139 B-VG auf Aufhebung der Kundmachung des Österreichischen Statistischen Zentralamtes über die Bürgerzahl in den einzelnen österreichischen Bundesländern (verlautbart im Amtsblatt der Wiener Zeitung Nr. 24 vom 30. Jänner 1982) sowie der Kundmachung des Bundesministers für Inneres über die Zahl der auf jeden Wahlkreis entfallenden Mandate für die Wahl des Nationalrates (BGBl. 109 vom 5. Februar 1982) eingebracht. Die Ausarbeitung der hierfür erforderlichen Unterlagen durch die Fachdienststellen wurde von der Magistratsdirektion-Koordinationsbüro koordiniert. Den Bemühungen der Stadt Wien, eine Richtigstellung der Ergebnisse der Volkszählung 1981 zu erreichen, trug der Verfassungsgerichtshof durch sein Erkenntnis vom 18. Dezember 1982 Rechnung, mit dem die obzitierten Kundmachungen des Österreichischen Statistischen Zentralamtes bzw. des Bundesministers für Inneres als gesetzwidrig aufgehoben wurden.

Im Gefolge dieses Erkenntnisses hat das Österreichische Statistische Zentralamt eine Überprüfung aller Reklamationsfälle eingeleitet. Durch diese neuerliche Überprüfung der Reklamationsfälle hat sich die Einwohnerzahl Wiens von 1,515.666 auf nunmehr 1,531.346 erhöht. Wien ist damit wieder Bundesland mit der höchsten Einwohner- und auch Bürgerzahl.

Die Rückgewinnung von rund 15.000 Wienern wird bewirken, daß eines der vier verlorenen Nationalratsmandate nach Wien zurückkehrt und Wien aus dem Finanzausgleich für die Dauer der Volkszählungsperiode jährlich mehr als 100 Millionen Schilling zusätzlich an Ertragsanteilen erhalten wird. Auch in anderen Verteilungsschlüsseln, in denen die Volkszahl eine Rolle spielt (z. B. bei der Verteilung der Wohnbauförderungsmittel), wird sich dieses Ergebnis günstig auswirken.

Um ähnliche Schwierigkeiten bei der nächsten Volkszählung hintanzuhalten, wurden von der Magistratsdirektion-Koordinationsbüro gemeinsam mit anderen Fachdienststellen Überlegungen für eine neue Definition des Begriffes des ordentlichen Wohnsitzes im Volkszählungsgesetz angestellt und ein Vorschlag für eine Neuformulierung erarbeitet. In Zukunft sollen ausschließlich objektive Kriterien für die Bestimmung des ordentlichen Wohnsitzes herangezogen werden.

Der vom Koordinationsbüro geleitete „Arbeitsausschuß Stadtentwicklungsplan“ setzte 1982 seine Arbeiten fort. Der Stadtentwicklungsplan wurde im Jahre 1982 an die Bezirksvertretungen, Interessenverbände und sonstige interessierte Stellen zur Information und Stellungnahme ausgesandt. Die eingegangenen Stellungnahmen wurden gesichtet und den verschiedenen Geschäftsbereichen des Magistrates zugeordnet, so daß sich der Magistrat nunmehr in detaillierter Form mit den einzelnen Stellungnahmen auseinandersetzen kann. Weiters wurde versucht, den Stadtentwicklungsplan im Rahmen verschiedener Publikationen der Bevölkerung näherzubringen. Unter anderem wurde der Stadtentwicklungsplan in der Fachzeitschrift „der aufbau“, Heft 2—3/1982, umfassend dargestellt.

Einen weiteren wichtigen Schwerpunkt in der Tätigkeit bildeten Fragen der Stadterneuerung. Anfang 1982 wurden vom Koordinationsbüro die Arbeiten am Tätigkeitsbericht zur Stadterneuerung abgeschlossen. Dieser Bericht wird alle zwei Jahre erstellt und wurde erstmals für eine breitere Information in gedruckter Form veröffentlicht. Der Bericht über die Stadterneuerung faßt die von den einzelnen Dienststellen in ihrem Arbeitsbereich anfallende Tätigkeit in bezug auf Stadterneuerung, nach Themengruppen geordnet, zusammen und gibt einen Überblick über den aktuellen Stand der Stadterneuerung in Wien. Vertreter der Magistratsdirektion-Koordinationsbüro wirkten auch aktiv an einer Reihe von Veranstaltungen mit, die Fragen der Stadterneuerung zum Gegenstand hatten.

Unter der Federführung des Koordinationsbüros wurden in drei Arbeitskreisen Vorschläge für legislative Verbesserungen im Bereich der Stadterneuerung ausgearbeitet sowie Überlegungen zur Verbesserung des Stadterneuerungsinstrumentariums angestellt.

Bei der in Berlin im März 1982 abgehaltenen Abschlußkonferenz der „Europäischen Kampagne für Stadterneuerung“ wurde einer der für die Erarbeitung der abschließenden Resolution installierten drei Arbeitskreise über den Bereich „Versorgung in sozialen und kulturellen Einrichtungen, Infrastruktur und Arbeitsplätze“ von einem Vertreter des Koordinationsbüros geleitet.

Für zwei von der Verwaltungsakademie durchgeführte Seminare, betreffend die „Stadtteilbezogene Sozialarbeit im Rahmen der Stadterneuerung“ und „Erholung und Freizeit im dicht bebauten Stadtgebiet“, hat das Koordinationsbüro umfangreiche Unterlagen über Stadterneuerung erstellt sowie den Seminarbericht verfaßt.

Das Koordinationsbüro hat seine Mitarbeit an der Arbeitsgruppe der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) über städtische Probleme im Jahre 1982 fortgesetzt. Ziel der Arbeitsgruppe ist, einen internationalen Vergleich über die Entwicklung der Großstädte in den Industriestaaten zu erstellen sowie Unterlagen für eine im Jahre 1983 vorgesehene internationale Ministerkonferenz vorzubereiten.

Einen weiteren Schwerpunkt der Tätigkeit bildete wie in den vergangenen Jahren auch die magistratsinterne Abstimmung von wichtigen bzw. grundsätzlichen Fragen bei Verhandlungen mit Bundesdienststellen.

Weiters wurde vom Koordinationsbüro im Jahre 1982 ein Forderungskatalog der Stadt Wien auf dem Gebiete des Bundeshochbaues sowie ein Katalog von Anliegen der Stadt Wien an den Bund erarbeitet.

Eine Reihe von Koordinationsaktivitäten wurde im Jahre 1982 wieder im Zusammenhang mit Anliegen internationaler Organisationen gesetzt. Die Planung und Vorbereitung der Internationalen Schule in 22, Prandauergasse—Siebeckstraße, konnte abgeschlossen werden. Am 15. Juni erfolgte der Spatenstich. Die Internationale Schule, die die schulische Versorgung der Kinder internationaler Beamter wesentlich verbessern wird, soll im Herbst 1984 ihren Betrieb im neuen Gebäude aufnehmen.

Eine umfangreiche Koordinationstätigkeit erforderte auch die Vorbereitung der UN-Weltraumkonferenz, die in der Zeit vom 9. bis 21. August in der Wiener Hofburg abgehalten wurde. Im Rahmen dieser Konferenz oblag es dem Koordinationsbüro, bei den diversen Besprechungen die Interessen der Stadt Wien zu vertreten bzw. Kontakte zu den Fachdienststellen herzustellen.

Wie schon in den vergangenen Jahren war die Magistratsdirektion-Koordinationsbüro wieder mit der Aufbereitung von Grundlagenmaterial für wichtige, die Stadtentwicklung betreffende Fragen befaßt.

Im Bereich der Wirtschaft setzte sich das Koordinationsbüro besonders mit den Problemen des Arbeitsmarktes auseinander. In diesem Zusammenhang wurden einschlägige Berichte ausgewertet, wobei besondere Beachtung der Lehrlingsproblematik geschenkt wurde.

Die im Koordinationsbüro vorhandenen Unterlagen über Bevölkerung und Wohnungsstruktur wurden auf den neuesten Stand gebracht und die sich aus den Ergebnissen der Volkszählung 1981 ergebenden Konsequenzen herausgearbeitet.

Ein Vergleich, der zwischen der Untersuchung über Pendlerströme und den Auswertungen der Volkszählung 1971 durch das Koordinationsbüro angestellt wurde, ergab eine starke Zunahme der Pendlertätigkeit. Demnach haben immer mehr Beschäftigte einen Arbeitsplatz außerhalb ihres Wohnbezirkes und im steigenden Ausmaß auch außerhalb des Wiener Stadtgebietes angenommen. Während 1971 noch mehr als ein Drittel der Beschäftigten in ihrem Wohnbezirk arbeiteten, ist der Anteil im Jahre 1980 auf ein Viertel gesunken.

Vom Koordinationsbüro wurden im Jahre 1982 die Wohnbautätigkeit und die Strukturveränderungen des Wohnungsbestandes in Wien in der Zeit 1951 bis 1981 untersucht. Die Arbeit zeigte, daß sich in den letzten 30 Jahren der Wohnungsbestand um ein Drittel erhöht hat und allein im letzten Jahrzehnt rund 95.000 Wohnungen errichtet wurden. Durch zahlreiche Wohnverbesserungen hat sich der Standard der Wohnungen ab 1971 merklich verbessert. Der Anteil der bewohnten Substandardwohnungen ist seit 1971 von 238.000 auf 175.000 gesunken.

Von der Magistratsdirektion-Koordinationsbüro wurde wieder eine Fülle von Einzelkoordinationsangelegenheiten bearbeitet: So wurde im Jahre 1982 von der Stadtverwaltung ein langfristiges Aktionsprogramm der Stadt Wien in bezug auf den sozialen Wohnbau und die Stadterneuerung in Angriff genommen.

Unter der Federführung des Koordinationsbüros wurde der Entwurf eines „Leitfadens für Veranstalter in Wien“ mit den Fachdienststellen erarbeitet, der im Jahre 1983 durch den Presse- und Informationsdienst publiziert werden soll.

Im Zusammenwirken mit den Fachdienststellen hat das Koordinationsbüro Vorschläge über Standorte für die allfällige Errichtung eines Olympischen Dorfes in Wien angestellt und erste Kostenschätzungen durchgeführt.

Unter der Federführung des Koordinationsbüros wurden im Rahmen einer Arbeitsgruppe Überlegungen zur beschleunigten Fortführung des U-Bahn-Baues angestellt. Aufbauend auf den bisherigen Erfahrungen und geleisteten Vorarbeiten wurde ein Vorschlag für die weitere Vorgangsweise, und zwar in organisatorischer, planerischer und finanzieller Hinsicht, ausgearbeitet.

Vertreter der Magistratsdirektion-Koordinationsbüro nahmen an den Koordinierungsgesprächen, die regelmäßig von der Stadt Wien und den Österreichischen Bundesbahnen abgehalten werden, teil, in deren Rahmen Einzelkoordinierungsfragen sowie grundsätzliche Überlegungen zur Nutzung von diversen ÖBB-Flächen angestellt wurden.

Wie in den vergangenen Jahren wurde eine Koordinierung der Grundlagenforschung vorgenommen und ein zwischen sämtlichen Fachdienststellen abgestimmtes Forschungsprogramm für das Jahr 1983 erarbeitet. Bei der Erarbeitung dieses Programmes wurde auf die angespannte Budgetsituation der Stadt Wien insofern Bedacht genommen, als nur dringend notwendige Arbeiten vorgesehen wurden. Schwerpunkte der Forschungstätigkeit der Stadt Wien werden die Beobachtung der Wirtschaftsstruktur und die Auswirkungen eines sinkenden bzw. gleichbleibenden Wirtschaftswachstums auf die Wiener Wirtschaft, die Weiterführung und Aktualisierung der in den einzelnen Sachbereichen des Stadtentwicklungsplanes behandelten Planungsgrundlagen sowie Grundlagenuntersuchungen im Bereich des Umweltschutzes sein.

Die im Koordinationsbüro aufgebaute Auftragsevidenz über die Forschungsarbeiten der Stadt Wien wurde 1982 fortgeführt. Wichtige Forschungsergebnisse wurden allen daran interessierten Fachdienststellen zugäng-

lich gemacht. Die seit 1960 vom Koordinationsbüro geführte Zusammenstellung der Forschungsarbeiten der Stadt Wien, die nach Sachgebieten und Fachdienststellen gegliedert ist, wurde um jene Arbeiten ergänzt, die 1981 abgeschlossen wurden.

Das Koordinationsbüro fungiert auch als Geschäftsstelle des im Jahre 1978 gegründeten Koordinationskomitees Bund/Land Wien für Rohstoffforschung, Rohstoffversorgungssicherung und Energieforschung. Im Jahre 1982 wurden zwei Sitzungen abgehalten, in denen vier gemeinsam finanzierte Projekte behandelt wurden.

Wie in den vergangenen Jahren wurden wieder die Dienstreiseberichte, die von Bediensteten der Stadt Wien erstellt werden, systematisch erfaßt und auf neu gewonnene Erkenntnisse durchgearbeitet. 1982 sind dem Koordinationsbüro 293 Dienstreiseberichte zugegangen, von denen 195 an andere Dienststellen zur Information weitergeleitet wurden.

Im Jahre 1982 konnte das Koordinationsbüro ferner eine umfassende Darstellung über die Tätigkeit der städtischen Dienststellen in den Jahren 1978 bis 1981 abschließen. Die Arbeit gibt unter anderem einen Überblick über die Personalentwicklung, über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Dienststellen, über die Veränderungen in den Aufgabenbereichen sowie über wichtige Aktivitäten. Die Arbeit stellt eine Fortsetzung der vom Koordinationsbüro bereits vor fünf Jahren abgeschlossenen Zusammenstellung für den Zeitraum 1973 bis 1977 dar.

Vom Arbeitskreis Energie wurden im Jahre 1982 die in den Vorjahren in sechs Ausschüssen eingeleiteten Arbeiten fortgesetzt und insgesamt 16 Sitzungen abgehalten.

Der **Arbeitsausschuß 1** setzte im Jahre 1982 die Vorbereitungen für den Anschluß von Wohnhäusern der Gemeinde Wien an die Fernwärme fort. 160.000 Mieteinheiten der Gemeinde am Wohnungssektor wurden listenmäßig erfaßt und energieverbrauchsmäßig bewertet; ferner wurde eine Zusammenstellung der anzuschließenden Objekte nach verschiedenen Entfernungskategorien von Fernwärmeleitungen vorgenommen. Diese Unterlagen bilden die Grundlage eines Fernwärmeanschlußprogrammes für städtische Wohnhäuser für die Jahre 1983 bis 1988, wobei beabsichtigt ist, jährlich rund 5.000 bis 7.000 Wohneinheiten an die Fernwärme anzuschließen.

1982 wurde bereits mit den Arbeiten an einem Fernwärmeatlas von Wien begonnen. In diesen sollen graphisch die städtischen Wohnhäuser, sonstige Objekte der Stadt Wien und des Bundes eingetragen und die Entfernung vom Fernwärmeleitungsnetz dargestellt werden. Der Umfang des Fernwärmeatlas von Wien im Maßstab 1 : 2.000 wird rund 200 Pläne umfassen.

Der **Arbeitsausschuß 2** befaßte sich mit Fragen der Energieflußmessungen in Bädern. Der im Jahre 1981 begonnene Einbau der Meß- und Registriereinheiten im Theresienbad wurde 1982 abgeschlossen, so daß im Juli 1982 mit dem Meßbetrieb begonnen werden konnte. Die Meßergebnisse werden auf Magnetband gespeichert und einmal pro Woche mittels EDV-Rechner ausgewertet. Die Messungen sollen bis Sommer 1983 fortgesetzt werden. Ähnliche Energieflußmessungen wurden 1982 für das Hietzinger Hallenbad und das Dianabad vorbereitet. Die Installation der Geräte wird 1983 erfolgen.

Die vom **Arbeitsausschuß 3** in Zusammenarbeit mit den Wiener Gaswerken vorbereiteten Kontrollmessungen der Heiz- und Kombithermen in der neu errichteten städtischen Reihen-Wohnhausanlage in 23, Gottekgasse 18, wurden im Oktober 1982 aufgenommen. Die Ergebnisse sollen zu einem Vergleich mit den Ergebnissen, die von den in der gleichen Wohnhausanlage mit Sonnenenergie beheizten Reihenhäusern gewonnen werden, herangezogen werden.

Der vom **Arbeitsausschuß 4** entwickelte Sonnenenergieturm konnte 1982 in der städtischen Wohnhausanlage in 23, Gottekgasse 18, fertiggestellt und Ende September 1982 in Betrieb genommen werden. Er dient der Versorgung von vier städtischen Reihenhäusern mit Warmwasser und Heizung, die eine Nutzfläche von je 130 m<sup>2</sup> haben. Zur Vornahme der umfangreichen Messungen am Sonnenenergieturm sowie der Energieverbräuche in den vier Reihenhäusern wurde in einem Reihnhaus eine vollautomatische Meß- und Registrierstation eingerichtet, deren Ergebnisse wöchentlich ausgewertet werden.

Ab Mai 1982 wurden die Energieflußmessungen am Versuchsenergieturm in der Heizwerkstätte in 10, Theodor-Sickel-Gasse, der mit einem Sonnenkollektor der dritten Generation bestückt ist, fortgesetzt.

Im Jahre 1982 wurde ferner mit dem Bau eines Meßstandes für einen unter 43 Grad nach Süden ausgerichteten fixen Sonnenkollektor in der Heizwerkstätte in 10, Theodor-Sickel-Gasse, begonnen, so daß im Frühjahr 1983 Vergleichsmessungen zwischen einem der Sonne nachführbaren Sonnenkollektor und einem fix montierten aufgenommen werden können.

Vom **Arbeitsausschuß 5** konnte im Jahre 1982 für das Projekt Wärmepumpe Oberlaa die gesamte technische Planung bis zur Ausschreibung vorbereitet werden. Die Finanzierung dieses Projektes soll im Rahmen der Wiener Allgemeinen Verwaltungs- und Beteiligungs-GesmbH erfolgen.

Der **Arbeitsausschuß 6** setzte 1982 die Preisvergleiche zwischen Fernwärme und Heizkosten mit den verschiedensten Primärenergieträgern fort.

Den wichtigsten Schwerpunkt in der Tätigkeit der Koordinationsstelle Donaubeereich Wien bildeten im Jahre 1982 die Verhandlungen mit dem Bund über eine Klärung der künftigen Grundbesitzverhältnisse im Donau-





Der Präsident der Französischen Republik, François Mitterrand, wird von Bürgermeister Leopold Gratz im Rathaus empfangen

#### Magistratsdirektion

Der Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, Dr. Gustáv Husák, wird bei seinem Besuch im Rathaus von Bürgermeister Leopold Gratz begrüßt





Der Premier- und Verteidigungsminister von Thailand, General Prem Tinsulanonda, trägt sich in das Goldene Buch der Stadt Wien ein. Bürgermeister Leopold Gratz empfing den Gast

#### Magistratsdirektion

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Javier Pérez de Cuéllar, wird von Bürgermeister Leopold Gratz im Rathaus empfangen



bereich. Nach zahlreichen Begehungen und Besprechungen konnte auf Beamtenebene ein konkreter Vorschlag zur Realteilung des Grundeigentums im Donaubereich erarbeitet werden, der Ende des Jahres den politischen Entscheidungsträgern vorgelegt wurde.

Mit dem Bund wurden weitere Gespräche bezüglich der Verlegung der am rechten Stromufer gelegenen alten Gebäude der Strompolizei, des Bundesstrombauamtes und des Amtes für Schifffahrt wegen der Errichtung der rechten Hochwasserkante am gegenwärtigen Standort geführt. Über Vorschlag der Koordinationsstelle Donaubereich Wien konnte mit dem Bund als Standort für diese Objekte jener Bereich festgelegt werden, der stromabwärts des Schifffahrtszentrums der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft früher für die Fremdschifffahrt vorgesehen war. Die vom Arbeitskreis 2 der Planungsgruppe Donaubereich Wien erarbeiteten ersten Entwürfe für diese Bundesgebäude stehen gegenwärtig zur Diskussion.

1982 konnten auch mit dem Land Niederösterreich, der dritten im Donaubereich involvierten Gebietskörperschaft, verschiedene Verhandlungen positiv abgeschlossen werden. Insbesondere konnte für die auf der Höhe des Einflußbauwerkes zu errichtende Streuguthalle der Autobahnmeisterei Langenzersdorf in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Langenzersdorf eine befriedigende Lösung gefunden werden.

Die Koordinationsstelle Donaubereich Wien war weiters in den Verhandlungen mit den Österreichischen Bundesbahnen bezüglich der Gleisfreimachungen und Absiedlungen von alten Lagerhallen stromaufwärts der Reichsbrücke beim Donauuferbahnhof eingebunden. Obwohl die Vorstellungen der ÖBB und der Stadt Wien über die finanzielle Abgeltung weit auseinandergingen, konnte Ende 1982 auf Beamtenebene eine Lösung erarbeitet werden.

Im Jahre 1982 wurde von der Koordinationsstelle Donaubereich Wien der für Wien wichtige Fragenkomplex betreffend die Projekte der beiden Donaukraftwerke, nämlich die Staustufe Hainburg und die Staustufe Wien, in Behandlung genommen. Dabei wurde die Möglichkeit der Vorziehung der Errichtung der Staustufe Wien geprüft sowie die Auswirkungen der Staustufe Hainburg auf Wien eingehend untersucht. Insbesondere wurden die Fragen der Auswirkungen auf das Grundwasserwerk Lobau und damit auf die Trinkwasserversorgung Wiens sowie die durch die Staustufe Hainburg verminderte Selbstreinigungskraft der Donau im Hinblick auf die Kläranlage Wien untersucht. Weiters wurden Überlegungen zu den Auswirkungen des geplanten Marchfeldkanals auf Wien angestellt sowie die Probleme im Zusammenhang mit den geplanten Schifffahrtsstraßen Rhein—Main—Donau und Donau—Oder—Elbe weiterverfolgt.

Von der Koordinationsstelle Donaubereich Wien wurde auch die Ausgestaltung der Donauinsel vorangetrieben. Verschiedene Projekte, wie z. B. die Errichtung einer Pagode der buddhistischen Glaubensgemeinschaft am rechten Stromufer und die Errichtung einer begehbaren Skulptur (Mensuralbau) auf der Insel, wurden geprüft. Der Plan, den alten Getreidespeicher am rechten Stromufer in ein Hotel umzubauen, wurde weiterverfolgt, die technischen Anforderungen und die Geländegestaltung im wesentlichen vorgeplant und mit potentiellen Nutzungsinteressenten Kontakte geknüpft. Nachdem mit dem zukünftigen Betreiber des Segelhafens Nord, der Segelzentrum Wien Planungs- und Errichtungsgesellschaft, die entsprechenden Vertragsvereinbarungen getroffen werden konnten, wurde mit dem Bau dieser Einrichtung begonnen. Die Pläne für die Errichtung eines Motorboothafens stromab des Wehres II wurden weiter konkretisiert.

Zu den wesentlichen Aufgaben der Koordinationsstelle Donaubereich Wien gehören auch alle jene Maßnahmen, die die Benutzbarkeit des Donaubereiches für die erholungssuchende Bevölkerung ermöglichen bzw. verbessern. In den fertiggestellten Donaubereichen wurden neue WC-Anlagen und Müllgefäße aufgestellt. Am rechten Stromufer wurde fortschreitend mit der Fertigstellung auch die Beleuchtung errichtet und in Betrieb genommen. Für die Versorgung mit Trink- und Nutzwasser, insbesondere im Mittelteil, wurde ein Konzept erstellt. Weiters wurden Überlegungen für die Energieversorgung und Beleuchtung des Bereiches zwischen Floridsdorfer Brücke und Wehr I erarbeitet. Die bereits in den Vorjahren erarbeiteten Konzepte für Sicherheitseinrichtungen wurden verfeinert. Die Koordinationsstelle Donaubereich Wien wirkte auch bei der Frage der Begrünung der Flächen unter der B 14 und der Errichtung des Radweges Kuchelau mit.

Im Jahre 1982 wurde der Inselabschnitt Floridsdorfer Brücke—Brigittenauer Brücke zur Benutzung für die Bevölkerung freigegeben und Vorbereitungen für die Übergabe weiterer Gebiete im Jahre 1983 getroffen.

Wesentliche Verbesserungen konnten hinsichtlich der Erreichbarkeit und der Anbindung des Donaubereiches an den öffentlichen bzw. Individualverkehr erzielt werden. Im öffentlichen Verkehr konnte eine Verbesserung der Erreichbarkeit bei den Linien 91 A für den Südtail der Donauinsel erzielt werden. Eine dreifache Frequenzsteigerung ab 1983 auf dieser Linie wird die Bedürfnisse der Bevölkerung wesentlich besser befriedigen. Durch die Eröffnung der U-Bahn-Linie 1 und die Eröffnung der Station Donauinsel mit Abgängen auf das linke Ufer und auf die Donauinsel wurde eine weitere Verbesserung im öffentlichen Verkehr erreicht.

Eine Verbesserung des Zubringerdienstes wird auch die Einrichtung einer Überfuhr zwischen Nußdorf und der Donauinsel bringen. Ein Probetrieb wurde am 30. Oktober 1982 durchgeführt. Die Eröffnung des Radweges Donaukanal über den Prater und die Eröffnung der Brigittenauer Brücke mit Rampenbauwerk am rechten Stromufer und auf der Donauinsel sowie Zufahrtsmöglichkeiten zum Donaupark brachten eine wesentliche Verbesserung der Erreichbarkeit des Donaubereiches mit dem Fahrrad. Ende 1982 wurde die Errichtung einer

provisorischen Fuß- und Radwegbrücke über die Straße „Am Kaisermühlendamm“ auf der Höhe des Wehres I geprüft. Für den Individualverkehr wurden weitere Parkplätze im Südteil zwischen Praterbrücke und Stein-spornbrücke geschaffen.

Zur Verbesserung der Infrastruktur wurden mehrere Ansuchen zur Errichtung und Inbetriebnahme von gastronomischen Betrieben und Sporteinrichtungen im Donaubereich geprüft. 1982 wurde gemeinsam mit der MA 51 der Wasserschilift beim Wehr I in Betrieb genommen. Der Wasserschilift entwickelte sich in kurzer Zeit zu einem neuen Mittelpunkt im Interesse der erholungsuchenden Wiener Bevölkerung. Für die Daubelfischeranlagen am linken Donauufer wurde bezüglich der Regelung der Zufahrt ein einjähriger Probetrieb vereinbart.

Von der Koordinationsstelle Donaubereich Wien wurde auch im Jahre 1982 ein Veranstaltungskalender geführt und die Organisation von Veranstaltungen auf der Donauinsel übernommen bzw. Hilfestellungen bei der Organisation und Planung von größeren Veranstaltungen gegeben. Besonders erwähnt sei in diesem Zusammenhang das Eröffnungsfest im Mai 1982 sowie die Betreuung der Motorbootweltmeisterschaft 1982 im Freudenauer Winterhafen.

Seitens der Koordinationsstelle Donaubereich Wien wurde mit dem Kreditverein der Zentralsparkasse und Kommerzbank Wien sowie der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien für Nutzungsinteressenten im Donaubereich eine Ausstellung mit Beratung durchgeführt. Über Betreiben der Koordinationsstelle Donaubereich Wien war die Stadt Wien auch erstmals auf der Austroboot mit einem eigenen Stand über Freizeiteinrichtungen in Wien vertreten, auf der unter anderem die Vertreter des Segelzentrums Wien GesmbH Gelegenheiten hatten, den neuen Segelhafen an der Neuen Donau zu präsentieren.

Im Jahre 1982 wurde von der Koordinationsstelle Donaubereich Wien ferner das Archiv über den Donaubereich, das über Anforderung allen Interessenten zur Verfügung gestellt wird, weitergeführt sowie an der Erstellung eines Filmes über die Donauinsel mitgewirkt.

Die **Magistratsdirektion-Verwaltungsakademie (MD-VA)** der Stadt Wien als zentrale Bildungseinrichtung des Magistrates konnte im Jahre 1982 ihr Angebot an beruflichen Aus- und Fortbildungsveranstaltungen weiter ausbauen. Dies zeigt sich deutlich an den gestiegenen Veranstaltungs- und Besucherzahlen. Insgesamt haben an 411 Veranstaltungen — in dieser Zahl sind die zahlreichen Kurse und Seminarreihen nur als Einzelveranstaltungen gerechnet — etwa 9.200 Bedienstete teilgenommen. Dies entspricht einer Zunahme der Zahl der Veranstaltungen um etwa 10 Prozent und einer Steigerung der Besucherfrequenz um fast 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die überdurchschnittliche Erhöhung der Besucherzahlen ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Publizität der Veranstaltungen der Verwaltungsakademie durch organisatorische Maßnahmen, wie durch Anbringen von Ankündigungstafeln für die Veranstaltungsplakate der Verwaltungsakademie in den einzelnen Dienststellen und durch Veröffentlichung der Veranstaltungen in „Wien aktuell-Wochenblatt“, vergrößert werden konnte.

Für die Aus- und Fortbildungsveranstaltungen standen der Verwaltungsakademie in Wien insgesamt 19 mit modernen audiovisuellen Geräten ausgestattete Kurs- und Seminarräume zur Verfügung. Im Jahre 1982 konnte ein zusätzlicher Seminarraum gewonnen werden. Der Seminarraum der Verwaltungsakademie im Amtshaus Am Modenapark wurde durch eine neue Einrichtung zu einem modernen Schulungszentrum umgestaltet. Überdies wurden auch laufend Konferenzräume anderer Dienststellen für Schulungszwecke herangezogen. Auswärtige Seminare finden in zehn Vertragshotels der Verwaltungsakademie in der Umgebung von Wien statt.

Im Rahmen des Ausbildungswesens werden neu aufgenommene Bedienstete in Einführungsseminaren mit den Grundzügen der Organisation und den Aufgaben der Stadtverwaltung vertraut gemacht. In diese Einführungsseminare, deren Programm differenziert auf die jeweiligen Bedienstetengruppen ausgerichtet ist, konnten auch die technischen Bediensteten der Verwendungsgruppen A und B einbezogen werden. Die Dienstprüfungen und die Vorbereitungskurse für die Büchereibediensteten der Verwendungsgruppen B und C/D sowie für die Bediensteten des höheren technischen Dienstes wurden von der Verwaltungsakademie neu geordnet. Mit der Ausbildung dieser Bedienstetengruppen nach den neuen Richtlinien wurde bereits im Jahre 1982 begonnen.

Im Juni 1982 wurden in der Verwaltungsakademie 22 Vorbereitungskurse für die Dienstprüfungen abgeschlossen. Zu den Dienstprüfungen traten 156 Fachbeamte des Verwaltungsdienstes und 263 Kanzleibedienstete an. Ab September 1982 wurden 23 Kurse — um 1 Kurs mehr als 1981 — geführt, zu denen 12 rechtskundige Beamte, 183 Fachbeamte des Verwaltungsdienstes und 298 Kanzleibedienstete eingeteilt wurden. Auf dem bürotechnischen Sektor fanden 1982 unter anderem 6 Ausbildungslehrgänge in Maschinschreiben für neu aufgenommene Verwaltungsbeamte, 2 allgemeine Trainingskurse in Maschinschreiben, 2 Stenographiekurse, 2 Kurse „Richtiges Rechtschreiben“ für Lehrlinge, 1 Stützungskurs für Lehrlinge in Stenotypie und 10 eintägige Lehrlingsseminare zur Vorbereitung auf die Handelskammerprüfung statt.

An **Skripten** der Verwaltungsakademie wurden den städtischen Bediensteten 9.028 Exemplare, die als Lernbehelf für die Aus- und Fortbildungsveranstaltungen und gleichzeitig als Arbeitsbehelf für die dienstliche Tätigkeit dienen, kostenlos zur Verfügung gestellt. Zusätzlich wurden 3.151 Skripten für den Dienstgebrauch

ausgegeben, wobei den Dienststellen 118 verschiedene, auf den neuesten Stand gebrachte Skripten angeboten wurden.

Die fortlaufende Schulung der Vortragenden der Verwaltungsakademie, die bisher hauptsächlich Didaktik, Medienkunde, Lernpsychologie und richtiges Prüfen zum Inhalt hatte, erfuhr im Jahre 1982 eine Erweiterung und Vertiefung; insbesondere wurden Seminare über den wirkungsvollen Einsatz rhetorischer Mittel sowie über Präsentationstechniken bei der Wissensvermittlung entwickelt und durchgeführt.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Verwaltungsakademie lag wieder auf dem Gebiet der *berufsbegleitenden Fortbildung*. Diese schließt an die Grundausbildung an und gliedert sich vom Inhalt der Wissensvermittlung her in drei Sparten, und zwar in die berufs- und fachspezifische Fortbildung, in die berufsorientierte allgemeine Fortbildung und in die Schulung auf verhaltensmäßigem Gebiet.

Im Rahmen der *berufs- und fachspezifischen Fortbildung* werden in Kursen, Fachvorträgen und Seminaren vor allem jene Kenntnisse vermittelt, die für den jeweiligen dienstlichen Aufgabenbereich erforderlich sind. Neben den bereits seit Jahren besonders in den größeren Dienststellen regelmäßig stattfindenden Fortbildungskursen hat die Verwaltungsakademie im Jahre 1982 auch Kurse für die Bearbeitung bestimmter Verwaltungsaufgaben abgehalten, die in einer Vielzahl von Dienststellen Bedeutung haben. Dazu zählen etwa Kurse und Seminare über Fragen des Mietrechtes, des Gewerberechtes, der Stadterneuerung, des Brand-, Schall- und Wärmeschutzes, der Drucksortenherstellung usw. Weiters wurden auch wieder ausgewählte Beamtengruppen (Tierärzte, Spitalsverwalter, Permanenzingenieure, Rundfahrtenführer, Portiere und Amtshauswarte, Lehrlingsausbilder, Sicherheitsvertrauenspersonen usw.) fachlich geschult. In besonderen Seminaren über Organisationsentwicklung auf den Gebieten des Personalwesens, der Sozialhilfe, der Stadtgestaltung und der Aufgrabungsarbeiten im Straßenbereich wurden von den zuständigen Sachbearbeitern Problemlösungsvorschläge erarbeitet.

Die allen Bediensteten zugänglichen *berufsorientierten allgemeinen Veranstaltungen* der Verwaltungsakademie erfreuten sich wieder eines besonders regen Zuspruches. Die in verschiedenen Zyklen angebotenen Veranstaltungen geben einen Einblick in die umfangreichen Tätigkeiten und Leistungen der Stadtverwaltung, zeigen die Schwerpunkte des Verwaltungshandelns auf und behandeln Probleme, mit denen die Stadtverwaltung in den einzelnen Verwaltungssparten konfrontiert wird. Mit diesen Veranstaltungen wird allen interessierten Mitarbeitern laufend die Möglichkeit geboten, sich über ihren eigenen dienstlichen Aufgabenbereich hinaus Kenntnisse von allen wichtigen und aktuellen Verwaltungsvorgängen zu erwerben. Fachvorträge und Kurse über die elektronische Datenverarbeitung, über Erste Hilfe, über Maschinschreiben, Rechtschreiben und Stenographie sowie Sprachkurse (Englisch, Französisch und Russisch) ergänzen das allgemeine Bildungsangebot der Verwaltungsakademie.

In den über 70 durchwegs in Seminarhotels außerhalb von Wien abgehaltenen *Schulungen auf verhaltensmäßigem Gebiet* lagen die Schwerpunkte auf der Führungskräftebildung und auf der Schulung für den Parteienverkehr. Für Dienststellenleiter und deren Stellvertreter wurde die aus drei Seminarblöcken bestehende Seminarreihe „Psychologisches Führungskräftetraining“ weitergeführt und die Zahl der Seminare „Führen von Mitarbeitern“ für Zwischenvorgesetzte erhöht. In die Schulung für die Abwicklung von Parteienverkehr wurden vor allem Bedienstete aus dem Sozialbereich (Jugendamt, Sozialamt und Anstaltenamt) einbezogen. Für Bedienstete, die Verhandlungen zu führen haben oder laufend an Verhandlungen teilnehmen, wurden spezielle Seminare über „Rede- und Verhandlungstraining“ durchgeführt. Dazu kommen noch gruppenspezifische Seminare zur Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit sowie diverse Verhaltenstrainings für ausgewählte Beamtengruppen (Bedienstete der ADV, Stadtplaner usw.).

Um städtischen Bediensteten die Möglichkeit zu bieten, auch Fortbildungsveranstaltungen zu besuchen, die im Programm der Verwaltungsakademie nicht enthalten sind, wurden Kostenbeiträge in der Höhe von 454.400 S gewährt.

Im Zusammenhang mit der der Verwaltungsakademie übertragenen Vorbereitung einer *Rechtsbereinigung der Wiener Rechtsvorschriften* wird eine Lose-Blatt-Ausgabe aller geltenden Wiener Rechtsvorschriften vorbereitet, die vom Magistrat herausgegeben werden soll. Diese Sammlung soll auf Grund des Umfangs der Rechtsvorschriften in folgende Abschnitte gegliedert werden:

- Verfassungs- und Organisationsrecht,
- Innere Verwaltung, Veranstaltungs- und Schulrecht,
- Finanzrecht,
- Dienstrecht,
- Sozial- und Sanitätsrecht,
- Land- und Forstwirtschaftsrecht,
- Bau- und Bodenrecht sowie Recht der Technik,
- Wirtschafts- und Verkehrsrecht.

Die in die Sammlung aufzunehmenden Rechtsvorschriften wurden bereits mit Titel, Datum und Fundstelle auf Microcomputer erfaßt und ein in der Handhabung einfaches Abrufsystem entwickelt. Es besteht somit für

jene Dienststellen, die über einen kompatiblen Microcomputer verfügen, die Möglichkeit, durch Schlagworteingabe den geltenden Stand dieser Wiener Rechtsvorschriften in wenigen Sekunden festzustellen. Außerdem wird ein Ausdruck dieses Fundstellenindex der Wiener Rechtsvorschriften vorbereitet, der dann sämtlichen Dienststellen der Wiener Stadtverwaltung zur Verfügung stehen wird. Sobald auch die Texte der Rechtsvorschriften gespeichert sind, wird darüber hinaus auch die Abrufung des jeweils geltenden Gesetzestextes über Bildschirm möglich sein. Die für die Einspeicherung nötigen technischen Prüfungen und Vorarbeiten sind ebenfalls im wesentlichen abgeschlossen.

Die Magistratsdirektion-Verwaltungsrevision (MD-VR) hatte am 31. Dezember 1982 die Dienstaufsicht über 90 Beamte des höheren Verwaltungsdienstes, 9 Beamte des höheren Archivdienstes, 14 Beamte des höheren Bibliotheksdienstes, 14 Beamte des höheren Dienstes in den Museen, weiters über 2.148 Fachbeamte des Verwaltungsdienstes (davon 2 Teilzeitbeschäftigte), 474 Fachbeamte des Erziehungsdienstes und Erzieher (davon 1 Teilzeitbeschäftigter), 32 Erziehungsberater, 493 Sozialarbeiter (davon 23 Teilzeitbeschäftigte), 192 Fachbeamte des Büchereidienstes und Büchereibedienstete (davon 11 Teilzeitbeschäftigte), 98 Bedienstete der automatischen Datenverarbeitung, ferner über 1 Arzt, 2 Tierärzte, 3.582 Kanzleibeamte (davon 30 Teilzeitbeschäftigte), 526 Amtsgehilfen, schließlich über 403 Bedienstete der Magistratsdirektion, Sondervertragsbedienstete, Heimaufseher, Kraftwagenlenker, Facharbeiter, Hilfskräfte usw., 645 Bürokaufmannslehrlinge und 34 bautechnische Zeichnerlehrlinge.

Von den 8.757 der Dienstaufsicht unterstellten Bediensteten befanden sich am 31. Dezember 1982 169 in Karenzurlaub aus Anlaß der Mutterschaft, 10 leisteten zu diesem Zeitpunkt den ordentlichen Präsenzdienst bzw. Zivildienst ab und 184 wurde ein Urlaub ohne Bezüge gewährt, in der Mehrzahl der Fälle als Fortsetzung des Karenzurlaubes aus Anlaß der Mutterschaft. In Ausübung der Dienstaufsicht wurden 1.814 Bedienstete innerhalb der städtischen Dienststellen versetzt. Durch Pensionierung, Dienstentsagung, Kündigung oder Tod schieden 466 Bedienstete aus. Auch im Jahre 1982 stieg das Interesse für den Dienst bei der Gemeinde Wien. Da weit mehr Bewerber für den Fachverwaltungsdienst als freie Dienstposten vorhanden waren, mußte der bewährte Aufnahmetest als Auswahlkriterium herangezogen werden. Unter Bedachtnahme auf notwendige Personaleinsparungen wurden schließlich die 113 am besten geeigneten Bewerber aufgenommen. Der Bedarf an Kanzleibeamten wurde vorwiegend aus den Reihen der ausgebildeten Bürokaufmannslehrlinge, zum Teil aber auch durch Neuaufnahmen (29) gedeckt.

622 Jugendliche wurden nach ihrer Bewerbung zum Aufnahmetest für Bürokaufmannslehrlinge beim Magistrat der Stadt Wien eingeladen. 545 Bewerber sind angetreten, wobei 247 die Prüfung bestanden haben und zur Aufnahme vorgeschlagen wurden. 215 Jugendliche haben ihre Ausbildung im August und September begonnen. Von den 49 zum Aufnahmetest geladenen Bewerbern um eine Anstellung als bautechnische Zeichnerlehrlinge sind 39 zur Prüfung angetreten. 13 haben die Prüfung bestanden, 12 wurden im September aufgenommen. Erstmals wurden gemeinsam für den Magistrat und die Wiener Stadtwerke 14 Kfz-Mechanikerlehrlinge und 9 Betriebsschlosserlehrlinge sowie 3 Starkstrommonteure für die MA 34 aufgenommen. Insgesamt standen am 31. Dezember 1982 679 Jugendliche, die vom Lehrlingsreferat betreut wurden, in einem Lehrverhältnis zur Stadt Wien. Davon sind 645 Bürokaufmannslehrlinge (213 im ersten, 218 im zweiten und 214 im dritten Lehrjahr) und 34 bautechnische Zeichnerlehrlinge (12 im ersten, 14 im zweiten und 8 im dritten Lehrjahr). 223 Bürokaufmannslehrlinge und 7 bautechnische Zeichnerlehrlinge beendeten ihre Ausbildung. 40 Bürokaufmannslehrlinge und 2 bautechnische Zeichnerlehrlinge schlossen ihre Lehrzeit mit „ausgezeichnetem Erfolg“, 53 Bürokaufmannslehrlinge und 2 bautechnische Zeichnerlehrlinge mit „sehr gutem Erfolg“ ab. Zur Lehrabschlußprüfung vor einer Prüfungskommission der Wiener Handelskammer haben sich 222 Bürokaufmannslehrlinge und 7 bautechnische Zeichnerlehrlinge angemeldet.

In der Zentralen Ausbildungsstelle für Lehrlinge wurden 195 Bürokaufmannslehrlinge und 11 bautechnische Zeichnerlehrlinge in 14tägigen Turnussen unterwiesen. Zur Vervollständigung ihrer Ausbildung wurden sie mit dem Aufbau des Magistrates vertraut gemacht, hörten Vorträge entsprechend den Ausbildungsrichtlinien, nahmen an Exkursionen teil und wurden zu einschlägigen Übungen und Arbeiten herangezogen. Am 12. Oktober 1982 wurden jene Lehrlinge, die auf Grund ihrer schulischen Erfolge und arbeitsmäßigen Leistungen besonders auffielen, vom amtsführenden Stadtrat für Personal- und Rechtsangelegenheiten zu einer Rundfahrt und Führung am Flughafen Wien sowie zu einer Jause im Rathauskeller eingeladen. Insgesamt waren es 149 Lehrlinge, 84 weibliche und 65 männliche, aus den Lehrberufen Bürokaufmann, bautechnischer Zeichner, Elektromechaniker für Schwachstrom, Gas- und Wasserleitungsinstallateur, Maschinenschlosser, Starkstrommonteur, technischer Zeichner und Uhrmacher. 95 Bürokaufmannslehrlinge und 4 bautechnische Zeichnerlehrlinge im 3. Lehrjahr erhielten für ihren Fleiß und gute Dienstleistung eine Remuneration von je 1.100 S.

Gemeinsam mit der Magistratsdirektion-Verwaltungsakademie und Vertretern der Wiener Handelskammer wurden 11 Vorbereitungsseminare für die Ablegung der Lehrabschlußprüfung abgehalten, an denen alle Bürokaufmannslehrlinge des 3. Lehrjahres teilnahmen. Weiters wurden acht zweitägige Seminare für Ausbilder durchgeführt. In Zusammenarbeit mit Berufsschulen, Gewerkschaft, Magistratsdirektion-Verwaltungsakademie

und dem Lehrlingsreferat wurden 6 Nachhilfekurse in den Gegenständen Rechtschreiben, Maschinschreiben, Kurzschrift und Stenotypie abgehalten.

Am 4. November 1982 wurden alle Lehrlinge, die 1982 bei der Stadt Wien angetreten sind, dem amtsführenden Stadtrat für Personal- und Rechtsangelegenheiten sowie hohen Beamten der Stadt Wien im Festsaal des Rathauses feierlich vorgestellt. Es waren dies 405 Lehrlinge (195 weibliche und 210 männliche) aus den Berufen bautechnischer Zeichner, Betriebsschlosser, Bürokaufmann, Elektromechaniker für Schwachstrom, Friedhofs- und Ziergärtner, Gas- und Wasserleitungsinstallateur, Gärtner, Kfz-Mechaniker, Starkstrommonteur, Steinmetz, technischer Zeichner und Uhrmacher.

Die Bediensteten des Lehrlingsreferates der Magistratsdirektion-Verwaltungsrevision haben wieder zahlreiche Kontaktgespräche mit Lehrlingen, deren Eltern und den Ausbildern geführt. Vor allem anlässlich der Aufnahmen und halbjährlichen Zuteilungsänderungen fanden mit jedem Lehrling persönliche Aussprachen im Lehrlingsreferat statt, um ein allen Teilen gerecht werdendes Ausbildungsniveau und somit das Ausbildungsziel zu erreichen. Zur Förderung der Berufsausbildung wurde so wie alle Jahre ein Stenographie- und Maschinschreibwettbewerb für städtische Bedienstete veranstaltet. Von den 1.838 abgegebenen Arbeiten wurden 1.145 mit Diplomen bedacht, außerdem wurden 155 Preise verliehen.

Auch im Jahre 1982 nahmen Bedienstete der Magistratsdirektion-Verwaltungsrevision an einer großen Anzahl von Besprechungen und Revisionen teil bzw. führten diese selbständig durch, wozu insgesamt 932 Einzeleinsätze erforderlich waren. Auf Grund der Überprüfungsergebnisse konnte wieder eine größere Anzahl von Dienstposten eingespart werden.

Zu Jahresbeginn war jede der rund 400 Kassen des Magistrates auf Grund des Vorjahresumsatzes einer von acht Gefahrenklassen zuzuordnen, um damit die Höhe der Kassierzulagen für jene Bediensteten festzusetzen, die im Parteienverkehr ständig mit der Annahme und Leistung von Barzahlungen betraut sind. Weiters war über Anträge auf Zuerkennung von Nebengebühren, wie Personal-, Bau-, Sonder- und Außendienstzulagen sowie Mehrdienstleistungsvergütungen, zu entscheiden. Im Jahre 1982 waren rund 3.000 derartige Anträge, um rund 500 mehr als im Vorjahr, auf ihre Berechtigung zu prüfen. Hinsichtlich Kilometergeld wurden mehr als 500 Anträge behandelt. Die Gesamtanzahl der im dienstlichen Interesse zurückgelegten Kilometer konnte neuerlich gesenkt werden, da vermehrt städtische Bedienstete die öffentlichen Verkehrsmittel in Anspruch nehmen. Es wurde jedoch darauf geachtet, daß der Dienstbetrieb dadurch nicht beeinträchtigt wurde.

Über 1.000 Einzelanträge für Dienstreisen in das In- und Ausland wurden überprüft sowie die Dauergenehmigungen für ständig wiederkehrende Dienstreisen neu geregelt. Seit 1977 wird mit unveränderten Budgetmitteln für Dienstreisen das Auslangen gefunden, ohne dadurch dienstliche Obliegenheiten — beispielsweise die notwendige Betreuung von Baustellen außerhalb Wiens — zu vernachlässigen.

Für die Durchführung des Volksbegehrens im Mai 1982 wurden etwa 500 städtische Bedienstete in den Annahmestellen eingesetzt. Bei der Agrarstatistischen Erhebung im März, Juni, September und Dezember 1982 wurden den magistratischen Bezirksämtern die erforderlichen Zählorgane zur Unterstützung zugeteilt. Vorübergehend mußten bis zu 300 Aushilfsbedienstete für Büroarbeiten aufgenommen werden, da mit dem städtischen Personal bei der Erfassung der Schöffen, der Durchführung des Volksbegehrens, der Personenstands- und Betriebsaufnahme und der Ausstellung von neuen Sozialpässen nicht das Auslangen gefunden werden konnte. Um die klaglose Abwicklung dieser Aktionen zu gewährleisten, war die Teilnahme an zahlreichen Besprechungen notwendig.

Die *Volksanwaltschaft*, deren Zuständigkeit mit Landesverfassungsgesetz vom 23. September 1982, LGBl. für Wien Nr. 26/1982, für den Bereich der Wiener Landesverwaltung unbefristet in Geltung gesetzt wurde, hat im Jahre 1982 162 Beschwerden dem Landeshauptmann für Wien zur Kenntnis gebracht. Die Magistratsdirektion-Verwaltungsrevision hat diese Beschwerden überprüft, bearbeitet und der Volksanwaltschaft jeweils Mitteilung erstattet. In der überwiegenden Zahl der Fälle konnten Beschwerden mit einer Aufklärung über die Sach- und Rechtslage erledigt werden. Lediglich bei einem Fünftel der Beschwerden waren diese als berechtigt anzusehen; der Beschwerdegrund wurde durch entsprechende Anordnungen beseitigt.

Weiters waren 144 Dienstaufsichtsbeschwerden zu behandeln. In der Mehrzahl der Fälle wurde hiebei von der Bevölkerung ein unsachliches, schwerfälliges Vorgehen einzelner Bediensteter bzw. einer Dienststelle kritisiert. Durch umgehende Erhebungen — meist in Form von Überprüfungen an Ort und Stelle — konnte der Sachverhalt jeweils rasch eruiert werden. Es konnten hiebei kleine Unzukömmlichkeiten unmittelbar abgestellt werden sowie Mißverständnisse seitens des Beschwerdeführers aufgeklärt werden. In einigen Fällen war es jedoch erforderlich, durch koordinierende Maßnahmen zwischen mehreren beteiligten Dienststellen dem Beschwerdeführer schnell und möglichst unbürokratisch zu seinem Recht zu verhelfen.

Insgesamt wurden ferner 20 Kontrollamtsberichte bearbeitet. Hiebei wurden besonders problematische Fälle auf dem Gebiet der Gebarungsvorschriften sowie der Sicherheitskontrolle behandelt.

In Vollziehung des Wiener Bedienstetenschutzgesetzes wurden für alle Amtshäuser und Objekte, in denen städtische Dienststellen untergebracht sind, Sicherheitsvertrauenspersonen bestellt. Diese Sicherheitsver-

trauenspersonen wurden einer Grundschulung, insbesondere im Bereich der Unfallverhütung und der Vorsorge für die Sicherheit der Bediensteten im Büro, unterzogen.

Die Tätigkeit des Referates für Sofortmaßnahmen innerhalb der Magistratsdirektion-Verwaltungsrevision teilt sich aus arbeitstechnischer Sicht in die Bereiche „Sofortmaßnahmen“ und „Mobiler Bürgerdienst“. Dem Referat für Sofortmaßnahmen obliegt es, den Wünschen, Anliegen und Beschwerden der Bevölkerung, die an die Wiener Stadtverwaltung herangetragen werden, nachzugehen, diese zu überprüfen und möglichst einer positiven Erledigung zuzuführen. Dabei stand, soweit durch Zeitungsmeldungen oder andere Massenmedien Unzukömmlichkeiten aufgezeigt wurden, eine schnelle und unbürokratische Erledigung im Vordergrund. Insgesamt 803 Geschäftsstücke fielen im Bereich der Sofortmaßnahmen an, wobei die Zahl der eingegangenen Fälle gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen ist. Der größte Teil der Beschwerden bzw. Anregungen wurde dem Referat im Wege von an den Bürgermeister, an diverse Ombudsmann-Redaktionen oder an Bezirksvorsteher gerichtete Schreiben zur Kenntnis gebracht. In vielen Fällen gaben auch eigene Wahrnehmungen oder Zeitungsartikel Anlaß zum Einschreiten. Obwohl zweimal der Referent ausgewechselt werden mußte, konnten 808 Geschäftsfälle erledigt werden, davon 733 (90%) positiv. Die Beschwerdeführer bzw. Betroffenen wurden meist durch ein persönliches Gespräch von der Erledigung benachrichtigt. Wegen ihrer Breitenwirkung und des Arbeitsaufwandes sind besonders hervorzuheben, die Sanierung verschiedener Mülldeponien in Wien, insbesondere der Deponie auf den Steinhofgründen im 14. Bezirk, Maßnahmen im Zusammenhang mit der Hilfe für Flüchtlinge aus Polen, die Organisation des Friedensfestes im Wiener Prater, die nächtliche Überprüfung eines Gastarbeiterquartiers im 2. Bezirk und die Koordination der Sicherungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Bergung von Chemikalien im alten Schlachthof St. Marx.

Die Koordination zwischen den einzelnen Magistratsabteilungen bei Sofortmaßnahmen und die Zusammenarbeit mit den diversen Ombudsmann-Redaktionen der Tageszeitungen werden auch 1983 zentrale Arbeitsbereiche des Referates für Sofortmaßnahmen sein. In diesem Referat wird eine zentrale Beschwerdedatei eingerichtet werden, die die Koordination von allen mit Beschwerden und Anregungen befaßten Dienststellen des Magistrates ermöglichen soll. Die Bediensteten des Referates für Sofortmaßnahmen sind auf Grund ihrer Ausbildung und Ausstattung in der Lage, auch auf Grund eigener Wahrnehmungen Sofortmaßnahmen zu treffen, wodurch verschiedene Beschwerden im vorhinein vermieden werden können.

Die 7.634 Wahrnehmungen (Meldungen) und 7.624 Erledigungen des Mobilen Bürgerdienstes betrafen in erster Linie nach wie vor kennzeichenlose Autos, die auf öffentlichem Gut in den Straßen Wiens abgestellt waren. Durch die Erhöhung der Gebrauchsabgabe und durch die Verschärfung der bei einer Verkürzung der Gebrauchsabgabe drohenden Strafe konnte gegenüber den Vorjahren erstmals eine Reduktion der Zahl der Beanstandungen erreicht werden. Derselbe Effekt trat bei den Beanstandungen von Baustofflagerungen in den Straßen Wiens ein. Die Erhöhung der Gebrauchsabgabe konnte nicht zuletzt auf Grund der Wahrnehmungen des Mobilen Bürgerdienstes initiiert werden. Der Abtransport dieser kennzeichenlosen Kraftfahrzeuge sowie die Beseitigung verkehrsbehindernder Baustellen wurde in allen Fällen veranlaßt, wobei in 257 Fällen gleichzeitig Strafverfahren eingeleitet werden mußten. Zur Sicherung von Baustellen hatte der Mobile Bürgerdienst mit insgesamt 123 notstandspolizeilichen Maßnahmen vorzugehen. 992 Meldungen kamen aus der Bevölkerung, davon ein Großteil über die Stadtinformation und die Außenstellen des Bürgerdienstes. Obwohl durch den zweimaligen Referentenwechsel im Jahre 1982 die Zahl der Wahrnehmungen abnahm, wurde eine große Anzahl von Maßnahmen wie z. B. der Abbruch von Bunkereingängen im 11. Bezirk zum Schutz der dort spielenden Kinder, die Zurverfügungstellung von Ersatzwohnungen nach Wohnungsbränden oder Gasexplosionen für die betroffenen Mieter im 2., 6. und 10. Bezirk, der Abbruch von verschiedenen Hausruinen in Wien sowie der Umbau einer Straße im 15. Bezirk für Rodelzwecke veranlaßt bzw. durchgeführt.

Die Aktionen des Mobilen Bürgerdienstes, die auch der jeweiligen Jahreszeit entsprechend präventiv und schwerpunktmäßig angesetzt werden, sind von einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit begleitet. Einerseits soll durch Information Verständnis in der Bevölkerung hervorgerufen, andererseits durch deren Mitarbeit eine weitere Aktivierung der zuständigen Fachdienststellen erwirkt werden. Typische Fälle werden mit dem Ziel analysiert, daraus Maßnahmen abzuleiten, die künftig zu einer Verringerung der Zahl ähnlicher Mängel beitragen. Für 1983 ist eine Fortsetzung der Bezirksschwerpunktprogramme, aber auch der Ausbau möglicher Maßnahmen vorgesehen, um rasch und unbürokratisch auf einlangende Bürgerwünsche reagieren zu können. So wird daran gedacht, die Funkfahrer des Mobilen Bürgerdienstes mit Lärmmeßgeräten auszustatten, um Beschwerden dieser Art möglichst schnell objektivieren zu können. Die Zusammenarbeit mit dem Referat Bürgerdienst innerhalb der Geschäftsgruppe „Kultur und Bürgerdienst“ soll auch im Jahre 1983 weiter intensiviert werden.

Im Jahre 1982 reduzierte sich der effektive Personalstand der Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation (MD-VO) von 31 auf 29 Bedienstete. Von diesen 29 Bediensteten waren 15 in der zentralen Postverteilstelle des Magistrates (Zentralexpedit) eingesetzt, während für die eigentlichen Organisationstätigkeiten 14 Bedienstete, davon 5 Mitarbeiter im Kanzleibereich, eingesetzt waren. Ein Fachbeamter des Verwaltungsdienstes war größtenteils mit Arbeiten befaßt, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Bereichsleiters für den Praxisversuch einer weitergehenden Dezentralisierung der Verwaltung der Stadt Wien im 21. und 22. Wie-



ner Bezirk im Rahmen der Magistratsdirektion standen. Wie in den vergangenen Jahren konnten trotz des für eine Organisationsabteilung sehr geringen Personalstandes im wesentlichen die umfangreichen Aufgaben der Dienststelle erfüllt werden.

An größeren Organisationsuntersuchungen wurden im Jahre 1982 folgende Vorhaben in Angriff genommen bzw. abgeschlossen:

Die Organisationsuntersuchung im Bereich der MA 21 wurde weitergeführt und mit der Festlegung der neuen Aufbauorganisation sowie dem Entwurf des Dienstpostenplanes abgeschlossen; die Neuorganisation trat mit 1. Jänner 1983 in Kraft.

In der MA 64 wurde eine betriebspsychologische Untersuchung in Auftrag gegeben, die das Ziel hatte, die Möglichkeit der Einleitung einer Organisationsentwicklung zu prüfen. Die Aufarbeitung der Ergebnisse dieser Untersuchung wird zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Gemeinsam mit der MD-Verwaltungsrevision und der MD-Verwaltungstechnik wurde die Phase der sogenannten Ist-Erhebung im Rahmen der Organisationsuntersuchung in der MA 69 abgeschlossen. Auf Grund dieser Erhebung wurde eine Schwachstellenanalyse erstellt und eine Soll-Vorstellung erarbeitet. Die Realisierung dieser Vorstellung der MD-Verwaltungsorganisation ist für 1983 vorgesehen.

In der Wasserzählerwerkstätte der MA 31 wurde auf Grund eines Ersuchens dieser Dienststelle eine Organisationsuntersuchung durchgeführt. Im Laufe dieser Prüfung haben sich Verbesserungsmöglichkeiten vornehmlich auf dem Gebiete des Personaleinsatzes und teilweise auch bei den eingesetzten Geräten ergeben. Ziel der Untersuchung war es, die Werkstätte in die Lage zu versetzen, alle im Bereich der Stadt Wien zur Eichung oder zur Reparatur anfallenden Geräte annehmen zu können.

Die Zahl von Abschränkungen, mit denen der Fahrzeugverkehr von bestimmten Flächen, wie z. B. Wohnhausanlagen, Grünflächen u. dgl. ferngehalten werden soll, hat zugenommen. Es wurde daher die Überlegung aufgestellt, alle Abschränkungen mit einer einheitlichen Sperre zu versehen, und Einsatzfahrzeuge, wie Rettung, Feuerwehr, Gebrechendienst u. dgl., jeweils mit einem Generalschlüssel ausrüsten und diesen Stellen damit die rasche Zufahrt zum Einsatzort ermöglichen zu können. Im Jahre 1982 wurde eine Erhebung durchgeführt, die einerseits eine Übersicht über die bestehenden Abschränkungen und Schlüsselsysteme geben, andererseits denjenigen Dienststellen als Information dienen soll, denen künftig Schlüssel zur Verfügung gestellt werden sollen.

Im Einvernehmen mit der MD-Stadtbaudirektion wurde die Neuorganisation der Aufgaben des technischen Permanenzingenieurs in Angriff genommen.

Die Ausarbeitung des Schadstoffeinsatzplanes wurde in mehreren Unterarbeitsgruppen begonnen. Ein erster Entwurf der Teileinsatzpläne „Radioaktivität“ und „Wassergefährdung“ liegt vor.

Die Organisationsuntersuchung über die Einrichtung der Druckerei der Stadt Wien wurde einvernehmlich abgeschlossen.

Die Abgrenzung der Zuständigkeiten im Bereich der Wasser- und Abwasseruntersuchungen konnte abgeschlossen werden. Das Ergebnis wurde in Form von Diagrammen dokumentiert, in denen die definitiven Abgrenzungen im jeweiligen Untersuchungsgebiet dargestellt sind.

Die Arbeiten zur Neuorganisation der Baupolizei (MA 37) wurden fortgeführt und die neue Aufbauorganisation genehmigt. Zur Verbesserung der Ablauforganisation wurde eine Analyse der Ist-Situation vorgenommen und ein Maßnahmenkatalog, der zur Beschleunigung von Verfahren nach der Bauordnung für Wien führen soll, erstellt. In diesem Zusammenhang wurde eine Untersuchung über das Kanzleiwesen der MA 37 an eine private Unternehmensberatungsfirma vergeben.

Neben diesen als Großprojekte zu bezeichnenden Vorhaben wurden noch zahlreiche kleinere Organisationsuntersuchungen durchgeführt bzw. begonnen und wie in den vergangenen Jahren ablauforganisatorische Anordnungen getroffen. Von diesen Tätigkeiten seien beispielsweise folgende genannt:

Für die verschiedenen Aufgaben der MA 39 wurden Festlegungen über die Vorgangsweise bei der Verrechnung der Sachverständigengebühren getroffen.

Die MD-Verwaltungsorganisation wirkte an der Beseitigung gefährlicher Abfallstoffe, die im ehemaligen Schlachthof St. Marx gelagert waren, mit.

Organisationsprobleme im Zusammenhang mit dem Vollzug des Gesetzes über den Transport gefährlicher Güter auf Straßen wurden in gemeinsamen Gesprächen mit der Bundespolizeidirektion Wien gelöst.

Die Vorgangsweise bei der Bemessung bzw. Ermäßigung der Kanaleinmündungsgebühr wurde mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1982 neu geregelt; die Bearbeitung von Ermäßigungsansuchen bei der Vorschreibung der Kanaleinmündungsgebühren wird künftig nur mehr von der MA 4 durchgeführt werden.

In zahlreichen Fällen wurden Interpretationen der Geschäftseinteilung vorgenommen; gleichzeitig wurden Änderungswünsche für eine Geschäftseinteilungsänderung in Evidenz genommen.

Die MD-Verwaltungsorganisation arbeitet gemeinsam mit der MA 40 an der Erstellung von einheitlichen Kriterien für die Zuordnung der Verwaltungszuständigkeiten; in diesem Fall geht es vor allem um die einheitliche Definition von Begriffen wie „Erhaltung“, „Verwaltung“ und „Betrieb“.

An der Sanierung der — im Hinblick auf ein Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes — rechtswidrigen Beschilderung der Kurzparkzonen wurde mitgewirkt.

Die von der MA 62 vorgelegten Stellenbeschreibungen der Bezirkswahlreferenten und Referenten der Bezirkswahlbehörde wurden genehmigt, ebenso Vorstellungen dieser Abteilung hinsichtlich einer neuen Wahlsprengeinteilung.

Für die Organisation von Hilfeleistungen für Suchtgiftkranke wurden im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von Bundesmitteln organisatorische Vorkehrungen getroffen.

Zahlreichen Privatspitälern wurde von der Wiener Landesregierung das Öffentlichkeitsrecht und damit das Recht, die Verwaltungsexekution in Anspruch zu nehmen, zuerkannt. Der an die Erstellung einer Zahlungsaufforderung anknüpfende Verfahrensablauf — einschließlich der von den näheren Umständen des Einzelfalles abhängenden Kompetenzen — wurde in einem von der MD-Verwaltungsorganisation ausgearbeiteten Lösungsmodell geregelt.

Im Zusammenhang mit der Aufstellung von Bänken in Fußgängerzonen hatte sich eine Reihe von Problemen ergeben, die gelöst werden konnten.

In Gesprächen mit der MD-Stadtbaudirektion wurde die Erstellung eines Landschaftsrahmenplanes und die damit zusammenhängenden Probleme diskutiert.

Mit den Finanzbehörden mußten Gespräche geführt werden, da diese die Beibringung einer Bestätigung der Gemeinde über die Preisangemessenheit von Grundstücken verlangen, obwohl für diese Bestätigung keine rechtliche Basis besteht. Es war im Jahre 1982 jedoch noch nicht möglich, den Rechtsstandpunkt des Bundesministeriums für Finanzen in Erfahrung zu bringen.

In mehreren Fällen wurden Anträge auf Überschreitung des Höchstausgabebetrages nach der Vorschrift über die stehenden Verläge geprüft und entsprechende Genehmigungen erteilt.

Gemeinsam mit der MA 52 wurde das Problem des Kostenersatzes für in Gemeindewohnungen entstandene Schäden geprüft.

Im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Novelle zum Feuerpolizeigesetz (Luftreinhaltenovelle) mußten die Zuständigkeiten der Dienststellen neu festgelegt werden. Diese Arbeiten konnten im Jahre 1982 noch nicht zur Gänze abgeschlossen werden, da sich die Abgrenzung zwischen den verschiedenen Dienststellen der Gruppe Baupolizei als schwierig herausstellte. Ein Erlaß der Magistratsdirektion ist in Vorbereitung.

Organisatorische Veränderungen ergaben sich auch im Zusammenhang mit Dienst- und Organisationsvorschriften für verschiedene Verwaltungsbereiche, die von der MD-Verwaltungsorganisation entweder vorbereitet oder genehmigt wurden. Beispielsweise werden hier angeführt:

Ein Erlaßentwurf über die Änderung der Beschaffungskompetenzen der Dienststellen für Spezialerfordernisse wurde ausgearbeitet.

Eine Regelung über die Verwertung von Altpapier im Bereich der Stadt Wien konnte im Konzept fertiggestellt werden.

Die Arbeiten am Handbuch „Dienstkraftfahrzeuge“, das eine generelle Vorschrift für den Betrieb aller städtischen Kraftfahrzeugdienststellen festlegen wird, konnten im wesentlichen abgeschlossen werden. Im Zuge der Arbeiten an diesem Handbuch, das auch Vorschriften und Anordnungen enthält, hat sich herausgestellt, daß zwei weitere Schwerpunkte zu setzen sind, und zwar zum einen die Erfassung der Einsatz- bzw. Reparaturzeiten und der Reparaturkosten zur Überprüfung der Wirtschaftlichkeit des Einsatzes der einzelnen Fahrzeugtypen und zum anderen die Festlegung der Garagierung der Dienstkraftfahrzeuge. Diesbezüglich waren entsprechende Anordnungen neu zu fassen und in die Dienstvorschrift aufzunehmen.

Im Einvernehmen mit den betroffenen Dienststellen wurde die Dienstvorschrift für die Verwendung von Juxtenheften ausgearbeitet. Es hat sich in der Praxis gezeigt, daß die Ausarbeitung einer gesonderten Vorschrift für die Einnahme und Abrechnung von Barbeträgen durch städtische Organe notwendig und zweckmäßig ist.

Nach eingehender Prüfung konnte die Sonderinventarvorschrift für die MA 17 genehmigt werden. Diese Vorschrift war herauszugeben, weil die in der MA 17 eingeführte Kostenrechnung eine gesonderte Inventarführung und -berechnung notwendig machte.

Eine durch die Herausgabe der Önorm A 1080 (Richtlinien für das Maschinschreiben) erforderliche Überarbeitung der Kanzleiordnung wurde durchgeführt. Eine Neuherausgabe dieser Vorschrift wurde angeregt.

Im Zusammenhang mit der geplanten Novellierung der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien wurden zahlreiche Änderungsvorschläge eingebracht.

Die Dienststunden des Betriebsarztes im Rathaus wurden auf die Zeit von 7.30 bis 14.30 Uhr erweitert; ein entsprechender Erlaß der Magistratsdirektion wurde vorbereitet. Der Betriebsarzt wird sich in Zukunft somit auch mit Belangen des Dienstnehmerschutzes befassen.

Hinsichtlich der allgemeinen Vorschrift für die Ausscheidung von Gebrauchsgütern wurde eine Sondervorschrift für die MA 49 genehmigt.

Auf Grund des Inkrafttretens der Reinhalteverordnung 1982 mit 1. Juli 1982 wurde der organisatorische Teil des Durchführungserlasses ausgearbeitet.

An einer Änderung des Erlasses über die Arbeitsweise der zentralen Liegenschaftsevidenz wurde gemeinsam mit der MA 40 gearbeitet.

Für einen Erlaß der Magistratsdirektion, der die Zuständigkeiten für die Vollziehung des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen festlegt, wurde ein entsprechender Entwurf erstellt.

Die Herausgabe eines Erlasses über die Regelung der Zuständigkeiten bei der Vollziehung des Gesetzes über die Einhebung einer Abgabe auf unvermietete Wohnungen wurde vorbereitet.

Ein Erlaß der Magistratsdirektion hinsichtlich der Vollziehung des Bundesgesetzes zur Förderung der Erhaltung und Verbesserung von Wohnhäusern sowie der Stadterneuerung, des Bundes-Sonderwohnbaugesetzes 1982 und des Startwohnungsgesetzes wurde ausgearbeitet.

Die Herausgabe der neugefaßten Vorschrift für die Gebarung und Verrechnung der stehenden Verläge wurde vorbereitet.

Die MD-Verwaltungsorganisation war darüber hinaus auch mit der Bearbeitung von Kontrollamtsberichten befaßt, die ebenfalls Ansatzpunkte für die Durchführung von organisatorischen Veränderungen bildeten; beispielsweise sei folgendes angeführt:

Auf Grund eines Kontrollamtsberichtes arbeitete die MD-Verwaltungsorganisation an einer Sanierung der Rechtsform der städtischen Erholungsfürsorge mit. Entsprechend den Intentionen des Kontrollamtes wurde nunmehr ein Verein zur Durchführung der städtischen Erholungsfürsorge gegründet.

Ausgehend von einem Kontrollamtsbericht und den auf diesem basierenden Veranlassungen der MD-Amtsinspektion bzw. der MD-Verwaltungsorganisation wurde eine neuerliche Besichtigung der Ökonomie Lindenhof der MA 47 durchgeführt, um zu prüfen, ob die seinerzeit vom Kontrollamt angeregte Verpachtung der Ökonomie weiterhin angestrebt werden sollte oder ob eine Weiterführung wirtschaftlich vertretbar ist. Die an Ort und Stelle durchgeführten Erhebungen ergaben, daß seit der seinerzeitigen Kontrollamtsprüfung der Betrieb weitgehend rationalisiert wurde; die MD-Verwaltungsorganisation regte die Durchführung einer neuerlichen Wirtschaftlichkeitsprüfung durch das Kontrollamt an.

Auf Grund eines Kontrollamtsberichtes, der die lange Aufbewahrung von Depositen in der Stadthauptkasse der MA 6 kritisierte, wurden von der MD-Verwaltungsorganisation Maßnahmen gesetzt, die zu einer Reduzierung der Zahl der Depositen führen müßten.

Auf Grund eines Kontrollamtsberichtes wurden Maßnahmen zur Beschleunigung der Schadensabwicklung im Zusammenhang mit Verkehrsunfällen getroffen.

Die Zuweisung geeigneter Amträume bildete, wie in den vergangenen Jahren auch, wieder einen wichtigen Tätigkeitsbereich in der MD-Verwaltungsorganisation. Im Zuge der Wahrnehmung dieser Agenda wurden folgende größere Projekte bearbeitet:

Um für die in einzelnen Dienststellen bestehenden Raumprobleme Abhilfe zu schaffen bzw. um notwendige bauliche Verbesserungen herbeizuführen, mußten in mehreren Amtrgebäuden größere Instandsetzungs- und Adaptierungsarbeiten durchgeführt werden. Dies betraf insbesondere das Rathaus, die Amtrhäuser in 1, Rathausstraße 14—16, in 1, Schottenring 22—24, in 15, Gassgasse 8—10, in 16, Arnethgasse 84, in 17, Röttergasse 6, in 20, Dresdner Straße 75, sowie die Objekte in 12, Ruckergasse 40, und in 21, Prager Straße 9.

Die für den Einbau von Aufzugsanlagen in den Bezirksamtrhäusern Favoriten und Floridsdorf erforderlichen Festlegungen wurden im Einvernehmen mit den einzelnen Fachdienststellen getroffen.

Die Telephonanlagen in den Bezirksamtrhäusern in 20, Brigittaplatz 10, und in 21, Am Spitz 1, wurden erneuert.

In mehreren für den Amtrbetrieb eingerichteten Objekten wurden weiterhin Maßnahmen zur behindertengerechten Ausgestaltung getroffen.

Weiters wurden für eine Reihe von Dienststellen und Einrichtungen der Stadt Wien entsprechende Raumzuweisungen vorgenommen und die erforderlichen Übersiedlungen in die Wege geleitet. Folgende Übersiedlungen größeren Umfanges wurden vorgenommen:

Im Rathaus wurden das Büro der Geschäftsgruppe für Personal- und Rechtsangelegenheiten sowie die MA 1 und 2 übersiedelt. Ferner wurden die MA 6 — Rechnungsamt, Buchhaltungsabteilung I, die MA 6 — Rechnungsamt, Erhebungs- und Vollstreckungsdienst, die MA 6 — Rechnungsamt, Stadtkasse für den 21. Bezirk, die MA 11 — Jugendamt, Bezirksjugendamt für den 17. und 18. Bezirk, die MA 35, 36, 40, 62 und 69 in andere Objekte übersiedelt. Darüber hinaus wurden Festlegungen hinsichtlich der Übersiedlung der MA 18, 20 und 21 in das Amtrhaus in 1, Rathausstraße 14—16, der MA 70 nach 20, Dresdner Straße 75 sowie für die Einrichtung von zusätzlichen Außenstellen der MA 37 in verschiedenen Amtrhäusern getroffen. Ebenso wurden die entsprechenden Veranlassungen für die Einrichtung einer Wohnbeihilfenstelle der MA 50 im städtischen Wohnhaus in 16, Ottakringer Straße 194—196, in die Wege geleitet.

Hinsichtlich der für den Amtrhausbereich vorgesehenen Budgetmittel hat die MD-Verwaltungsorganisation bei der Erstellung des Voranschlages für das Jahr 1983 wesentlich mitgewirkt. Ebenso wurden Regelungen hinsichtlich der objektsbezogenen Verrechnung bei den städtischen Amtrhäusern getroffen und eingeführt.

In den Bereich der Amtsraumlenkung fiel auch die Bearbeitung eines Kontrollamtsberichtes betreffend die Prüfung der Reinigung städtischer Amtsgebäude; eine etappenweise Realisierung der Empfehlungen des Kontrollamtes wurde im Einvernehmen mit der MA 52 in die Wege geleitet.

In der MD-Verwaltungsorganisation ist auch die Drucksortenkommission eingerichtet, die sämtliche neu aufgelegten oder nachbestellten Drucksorten auf ihre Zweckmäßigkeit überprüft. Im Jahre 1982 wurden rund 4.000 solche Überprüfungen durchgeführt. Auf Grund der großen Anzahl von Drucksorten, die beim Magistrat verwendet werden, kann eine weitere Verbesserung der Formulare nicht durch die Tätigkeit der MD-Verwaltungsorganisation allein, sondern nur durch eine entsprechende Schulung der Drucksortenreferenten der einzelnen Dienststellen erreicht werden; diese Instruktionen sollen nach Herausgabe des Drucksortenerlasses weiter fortgesetzt werden.

Ein von der Drucksortenkommission gebildeter Ausschuß prüfte darüber hinaus Drucksorten der Klassifikation „Allgemeine Drucksorten“ anlässlich ihrer Neuauflage oder ihrer Nachbestellung eingehend unter Bedacht- nahme auf die Richtlinien für die Gestaltung von Drucksorten. Dieser Ausschuß behandelte rund 250 verschiedene Allgemeine Drucksorten und veranlaßte die erforderlichen Abänderungen oder Anpassungen an organisatorische Neuerungen.

Dem Betrieblichen Vorschlagswesen, das als wichtiges Instrument zur Sichtbarmachung von organisatorischen Schwachstellen anzusehen ist, wurde wieder große Aufmerksamkeit geschenkt. Im Jahre 1982 wurden rund 300 Vorschläge neu eingebracht. Die MD-Verwaltungsorganisation hat den Großteil dieser neu eingebrachten Vorschläge und auch einige noch aus früheren Jahren anhängige Anregungen vor beurteilt und dem Büro des Magistratsdirektors übermittelt. Wichtige, von der MD-Verwaltungsorganisation bearbeitete und vor beurteilte Verbesserungsvorschläge, die im Jahre 1982 prämiert wurden, waren unter anderem die Konstruktion von Bolzensicherungen für die Pflugklappen der Schneepflüge; die Schaffung von Abziehvorrichtungen für die Rührfedern von Streugeräten; die Errichtung eines Behelfes zum Ausrichten von beschädigten Streuanhängern; die Vereinfachung der Verrechnung des Erlöses von Effekten; Themen für die Schulung einer Bedienstengruppe; Maßnahmen zur rascheren Ausscheidung beschädigter Parkbänke; die Gestaltung eines Vordruckes für die Mängelmeldungen in der Gewährleistungsfrist; die Veranlassung einer erweiterten Touristikinfor- mation in der U-Bahn-Station Stephansplatz; die bessere Gestaltung einer in Personalangelegenheiten verwendeten Drucksorte; die Änderung eines Vordruckes des Gesundheitsamtes; die einfachere Erstellung der Referatsein- teilungen; die Konstruktion eines vollautomatischen, rechnergesteuerten Leuchtenwenders; eine Papiererspar- nis bei der Erstellung einiger EDV-Ausdrucke; der bessere Korrosionsschutz für die Leuchten der Straßenreini- gung; die raschere Aktualisierung einer Informationsschrift des Jugendamtes; die bessere Information über die Öffnungszeiten der Mutterberatungsstellen; der Verzicht auf einen Vordruck des Jugendamtes; Anregungen zur Konstruktion geräuschärmerer Garagentore für städtische Wohn- und Amtshäuser; die raschere Richtigstellung von Daten der Wählerevidenz und die Fernsteuerung von auf Straßendienstfahrzeugen angebrachten Verkehrs- und Warnzeichen.

Der MD-Verwaltungsorganisation obliegt auch die Genehmigung der Anschaffung von Kraftfahrzeugen. Im Zusammenhang mit der Festsetzung des Systemisierungsplanes der Kraftfahrzeuge der Stadt Wien für das Jahr 1983 wurde begonnen, den Kraftfahrzeugeinsatz bei den städtischen Dienststellen im Einvernehmen mit der MD-Verwaltungsrevision eingehend zu überprüfen. Insgesamt ist es auf Grund der strengen Prüfungsmaßstäbe bereits zu einer Reduzierung der Zahl der städtischen Kraftfahrzeuge gekommen. Überdies wurden im Inter- esse der Anschaffung möglichst rationeller Kraftfahrzeugtypen — unter Berücksichtigung der Erfahrungen, die in der Praxis gemacht wurden — Richtlinien für die Anschaffung von Kraftfahrzeugen erlassen.

Von der MD-Verwaltungsorganisation wird das Zentralexpedit der Stadt Wien als zentrale Postleitstelle des Magistrates geführt. An interner Dienstpost wurden von dieser Dienststelle im Jahre 1982 über 4 Millionen Poststücke weitergeleitet. Der gesamte Postein- und -ausgang betrug in diesem Jahr rund 12 Millionen Post- stücke. Durch den Ausbau der internen Postverbindungen des Zentralexpedites konnten erhebliche Gebühren- einsparungen erreicht werden.

Der Referatsleiter der MD-Verwaltungsorganisation übt auch die Funktion eines Bereichsleiters für den Pra- xisversuch einer weitergehenden Dezentralisierung der Verwaltung der Stadt Wien im 21. und 22. Bezirk im Rahmen der Magistratsdirektion aus. Dieser Praxisversuch war im Jahre 1982 im wesentlichen durch folgende neue Entwicklungen gekennzeichnet: Die Koordinationsgespräche, die in den beiden vorangegangenen Jahren die Bereiche Hochbau, Wohn- und Amtshäuserverwaltung, Tiefbau, Verkehr, Grundstücke und Flächenwid- mungsplan umfaßt hatten, werden mit Jänner 1982 um die Bereiche Jugend und Soziales erweitert. In dieser neuen Gesprächsrunde wurden konkrete Probleme aus dem Arbeitsgebiet des Bezirksjugendamtes und des Sozialreferates erörtert, wobei sich der Bereich Wohnen als besonderer Schwerpunkt ergab. Zeitweilig wurden auch Vertreter der Heizbetriebe Wien GesmbH zu den Koordinationsgesprächen zugezogen, was in der Folge zu verstärkten Kontakten zwischen diesem Unternehmen und den betroffenen städtischen Dienststellen führte. Außer den regelmäßigen monatlich stattfindenden Koordinationsgesprächen wurden 1982 noch zahlreiche Besprechungen bzw. Sonderkoordinationsgespräche zu speziellen Problemen abgehalten, in denen zweckdienli-

che Lösungen oder zumindest wesentliche Lösungsansätze erarbeitet werden konnten. Als Beispiele hierfür sollen die Regelungen des Windsurfens auf den Badeteichen des Bezirkes Donaustadt, die Festlegung von Veranstaltungen bezüglich der „Wilden Siedlungen“ im Wald- und Wiesengürtel der Lobau sowie die Koordination der von den städtischen Dienststellen hinsichtlich der Grundwasserverunreinigungen im 21. und 22. Bezirk gesetzten Aktivitäten hervorgehoben werden.

Weiters wurde für das Budgetjahr 1983 für die beiden Versuchsbezirke wieder ein „Bezirksbudget“ erstellt, das einen umfassenden Überblick über die von der Verwaltung für den Bezirk geplanten Maßnahmen, Projekte und Leistungen gibt. Im Vergleich zum Vorjahr konnte für das Budgetjahr 1983 ein erhebliches Mehr an Information angeboten werden, was schon darin zum Ausdruck kommt, daß sich die Seitenanzahl des Bezirksbudgets nahezu verdoppelt hat.

Letztlich nahmen Vertreter der MD-Verwaltungsorganisation an einigen Kongressen teil, so am 7. Österreichischen Betriebsberaterkongreß in Linz und an den Sitzungen des Fachausschusses für Verwaltungsorganisation des Städtebundes, in deren Rahmen von Vertretern der MD-Verwaltungsorganisation auch verschiedene Referate gehalten wurden. Mitglieder der Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation nahmen auch an verschiedenen Seminaren teil, wie z. B. über Organisationsentwicklung oder über moderne Methoden der Büro-rationalisierung. Außerdem erfolgte eine abteilungsinterne Schulung aller Mitarbeiter über die Möglichkeiten des Einsatzes von Entscheidungstabellen.

Die Aufgabenschwerpunkte der **Magistratsdirektion-Automatische Datenverarbeitung (MD-ADV)** lagen wie auch bisher bei der Entwicklung, Konsolidierung, Durchführung und dem Ausbau der der Dienststelle übertragenen Projekte, bei der Beschaffung, Installation und Betreuung der zur Durchführung erforderlichen Hard- und Softwareeinrichtungen und bei der Weiterentwicklung und Verbesserung von in der MD-ADV eingesetzten softwaretechnischen und organisatorischen Werkzeugen. Die Leitungen, die von besonderer Bedeutung sind, werden im folgenden kurz dargestellt:

**Entwicklung und Durchführung von EDV-Projekten:** Einen Schwerpunkt der Arbeiten im Personenwesen bildete die EDV-Unterstützung der Personenstand- und Betriebsaufnahme 1982 mit der Erstellung von Verteilerlisten, Vordrucken, Häuserlisten und Lohnsteuerkarten. Des weiteren wurde das EDV-System der Mündelgeldverrechnung, in dem auch Namens- und Adreßänderungen aus der Personendatenbank nachgezogen werden können, in allen Bezirksjugendämtern eingeführt.

An das in der Hauptbücherei installierte Subrechnersystem wurde eine Zweigstelle der Städtischen Büchereien angeschlossen. Der Entlehnverkehr kann weitgehend automationsunterstützt abgewickelt werden.

In der Personalverwaltung wurden Erweiterungen des Bezugsverrechnungssystems vorgenommen. Hiezu gehören die Einrichtung eines Indexsystems mit Online-Unterstützung, die zentrale Personalnummernvergabe durch die MA 2 und der Ausbau des Online-Systems zur Erfassung der Reisekosten. Ein Detailkonzept für die Automation der gesamten Personalverwaltung wurde erarbeitet.

Das Abgabenverrechnungssystem wurde durch die volle Integration der Gebrauchsabgabe sowie durch die Automation der Verwaltungsstrafenverrechnung und der Abgabenhauptverrechnung erweitert.

Die Arbeiten am Informationssystem Straße und Verkehr konnten ebenso wie der Ausbau des Online-Systems für die Datenbank des räumlichen Bezugssystems Wiens planmäßig fortgesetzt werden. Verschiedene Auswertungen aus der Großzählung 1981 wurden erstellt bzw. die verfügbaren Zählungsdaten für Zwecke der planenden Dienststellen aufbereitet. Ferner wurde ein Systemkonzept für die Liegenschaftsevidenz der Stadt Wien unter Berücksichtigung des auf EDV umgestellten Grundbuches ausgearbeitet.

Die Automation der Haushaltsverrechnung wurde erweitert. Hervorzuheben sind die Online-Verarbeitung der Budgetperlustrierungen, die zentrale Organisation des Rechnungsabschlusses, die Einbeziehung von Nebengebäuden und die Verbotebearbeitung.

In der Bauverwaltung wurde das System zur Ausschreibung und Angebotsprüfung sowie des Preisspeichers auf eine Teleprocessing-Version umgestellt. Für die automatische Bauabrechnung auf den Baustellen wurden weitere Microcomputer eingesetzt. Der Aufbau eines Auftragnehmerkatasters für die Stadtbauamtsdirektion ist in Angriff genommen worden. Die Einarbeitung des neuen Mietengesetzes in das Gesamtsystem der Mietenverrechnung konnte planmäßig abgeschlossen werden, ebenso erfolgte eine Neuorganisation des EDV-Systems für die Wohnungsverbesserung.

In der Graphischen Datenverarbeitung wurden die Vorarbeiten zur Erstellung der Mehrzweckkarte, die auch den Einbautenkataster beinhaltet, in Angriff genommen.

Das System der Spitalskostenrechnung wurde um den dezentralen Monatsabschluß, die Erstellung zusammenfassender Statistiken mit WIKIS, der Kreditevidenz und die automatische Überleitung der Daten der Kreditevidenz pro Anstalt in die Buchhaltungsabteilung XIV ausgebaut.

Im Bereich der Patientenadministration wurde ein eigenes System — „Identifizier“ — entwickelt, welches die Information über Mehrfachaufenthalte von Patienten in allen Wiener Krankenanstalten ermöglicht. Weitere Schwerpunkte bildeten die Arbeiten an der Online-Patientenabrechnung mit automatischer Überleitung zu den Sozialversicherungsträgern sowie die Integration des Psychiatrischen Krankenhauses in WIKIS.

Planmäßig fortgesetzt werden konnten die Arbeiten im Zusammenhang mit der Automation im neuen Allgemeinen Krankenhaus. Folgende EDV-Lösungen sind dabei von besonderer Bedeutung:

- Implementierung des Ambulanzverwaltungssystems im Zentralröntgen, in der 1. Medizinischen Universitätsklinik und in der 1. Universitätsklinik für Gastroenterologie und Hepatologie;
- Einsatz der Textverarbeitung für die Befunderstellung in der 1. Medizinischen Universitätsklinik;
- Fertigstellung der automatischen Telefonabrechnung;
- Unterstützung der VAMED-Betriebsorganisation im Zusammenhang mit dem zukünftigen EDV-Einsatz.

**Hard-/Software-Entwicklung:** Entsprechend dem Aufgabenzuwachs bei den einzelnen EDV-Projekten mußte auch der Maschinenpark der MD-ADV sowohl zentral wie auch dezentral erweitert werden. Den Schwerpunkt bildeten der Ausbau einzelner Subsysteme, eine bedeutende Erweiterung des Datenfernverarbeitungsnetzes (Bildschirme, Terminaldrucker, nachrichtentechnische Geräte) sowie die Inbetriebnahme zusätzlicher leistungsfähiger Direktspeicher (Magnetplattenlaufwerke). Für die Buchhaltungsabteilung XI mußte ein leistungsfähigeres Subsystem Philips P4500 beschafft werden. In der Graphischen Datenverarbeitung wurde zu Jahresende ein moderner Scanner-Digitizer der Firma Kongsberg zum Einsatz gebracht. Des Weiteren wurde die MA 41 bei der Anschaffung eines automatischen Luftbildauswertegerätes und die MA 20 bei der Ausschreibung für ein computergesteuertes Lichtsatzgerät unterstützt. Der optische Belegleser vom Typ Feller 2002 mußte abgebaut werden, weil er den Anforderungen der MD-ADV infolge technischer Mängel nicht gerecht werden konnte.

Die Anzahl der sowohl an die Großanlagen wie auch an die Subsysteme angeschlossenen Terminals betrug Ende des Jahres knapp 1.100 Geräte. Insgesamt umfaßt der Maschinenpark der MD-ADV einschließlich der nachrichtentechnischen Einrichtungen und der Mikrofilmgeräte derzeit über 2.400 Geräte.

Im Softwarebereich waren folgende Schwerpunkte gegeben:

- Installation des Anlagenplanungs- und -steuerungssystems UCC 7+11 zur Optimierung des Rechenzentrumsbetriebes;
- Einsatz des Statistischen Auswertungsprogrammpaketes SAS für periodische Auswertungen der Maschinenleistungsdaten;
- Einsatz des Programmproduktes HSM zur Verwaltung der Direktspeicher (Magnetplattenlaufwerke) und Optimierung der Plattenbelegung;
- Untersuchung moderner Hochleistungsrechnernetzverbindungen und Testinstallation des Systems Hyperchannel;
- Vornahme von Tuning- und Optimierungsmaßnahmen im Datenbankbereich sowohl bei den Großanlagen wie auch bei den Subsystemen;
- Installation von Microcomputern und „Entwicklung diesbezüglicher Programmsysteme für die Büroautomation, Aktendokumentation usw. Dabei wurde auch der Durchgriff zu Datenbeständen auf den zentralen Anlagen der MD-ADV gelöst;
- Entwicklung und Einsatz der Computergestützten Systementwicklung (CSD) zur Sicherstellung einer einheitlichen Vorgangsweise beim Design, der Entwicklung und der Dokumentation von EDV-Projekten.

**Interne Organisation:** der im März 1982 herausgegebene Prüfbericht der Firma Diebold-Parisini stellte nach sechsmonatiger Prüfung der Organisation und Arbeitsweise der MD-ADV im Rahmen der gestellten Aufgaben ein sehr gutes Zeugnis aus. Obwohl in diesem Bericht keine gravierenden Schwachstellen aufgezeigt wurden, wurde Ende des Jahres mit konkreten Überlegungen zu einer Umstrukturierung der Dienststelle, mit dem Ziel höherer Qualität und Effizienz, begonnen. Vor allem sollten die sich stark ändernde Informationstechnologie und daraus resultierend neue Anforderungen seitens der Benutzer Berücksichtigung finden. Das Ergebnis dieser Überlegungen war ein neuer Strukturplan, der mit Jahreswechsel eine Zweiteilung der Dienststelle in einen Entwicklungs- und in einen Produktionsbereich vorsieht. Die Gruppe Verwaltung bleibt — im wesentlichen unverändert — als eigene Organisationseinheit neben den beiden obgenannten Bereichen bestehen.

Die Erweiterung der zentralen Maschinenleistung und der Einsatz zusätzlicher Hardware sowie die Entscheidung, die für die EDV-Organisation des neuen Allgemeinen Krankenhauses erforderliche Maschinenkapazität aus wirtschaftlichen Überlegungen für die nächsten Jahre in den Räumen der MD-ADV zu installieren, führten zur Notwendigkeit, das zwischenzeitlich als Büroraum genutzte 1. Obergeschoß des Amtshauses in 1, Rathausstraße 1, für die Aufstellung von Maschinen zu aktivieren und entsprechend zu adaptieren. Diesbezügliche Arbeiten wurden im November 1982 aufgenommen.

Das für den Betrieb, die Verwaltung, die Verrechnung und die Dokumentation der gesamten Hardwarebestände entwickelte EDV-System Signal wurde in bezug auf den Betriebsführungsteil in Produktion genommen, die Entwicklung des Verwaltungsteiles ist noch in Arbeit.

Wie im Vorjahr wurde der Fachausbildung der ADV-Mitarbeiter besonderes Augenmerk zugewendet. Teil-

weise im Zusammenwirken mit der MD-VA wurden 62 Kurse abgehalten und damit der Umfang des Vorjahres geringfügig überschritten.

Der Mitarbeiterstand der MD-ADV erhöhte sich von 309 Bediensteten zu Beginn des Jahres 1982 auf 315 zum Jahresende. Der Dienstpostenplan für 1983 weist 332 Posten auf, von denen 61 Posten bei anderen Magistratsabteilungen geführt werden. Im Jahre 1982 wurden mit 230 Bewerbern Aufnahmegespräche und Eignungstests durchgeführt, 18 Personalabgängen standen 24 Neuaufnahmen gegenüber.

Abschließend darf noch auf die Aktivitäten der MD-ADV im Zusammenhang mit dem Datenschutzgesetz sowie auf die Arbeiten und das Wirken der Internen Revision der MD-ADV hingewiesen werden. Letztere brachte einerseits für die Dienststellenleitung wertvolle Einsichten in den Arbeitsablauf der MD-ADV und konkrete Vorschläge über Verbesserungen, andererseits bedeutete die interne Revision einen wichtigen Faktor in bezug auf die Ordnungsmäßigkeit, Termintreue und Qualität der von der MD-ADV erbrachten Leistungen.

Im **Rechtsmittelbüro** fielen im Jahre 1982 an: in Bauangelegenheiten 506 Berufungen, 13 Devolutionsanträge, 23 Verwaltungsgerichtshof- und 6 Verfassungsgerichtshofbeschwerden sowie 52 Stellungnahmen; in Strafsachen waren es 420 Berufungen, 10 Verwaltungsgerichtshofbeschwerden und 18 Stellungnahmen. In sonstigen Rechtsmittelsachen (Abgaben- und Administrativangelegenheiten) waren es 425 Berufungen, 7 Devolutionsanträge, 27 Verwaltungsgerichtshof- und 4 Verfassungsgerichtshofbeschwerden sowie 56 Stellungnahmen. Die Abgabe von Äußerungen, z. B. zu Gesetzesentwürfen, Berichterstattungen und die Teilnahme an Amtsbesprechungen betraf 603 Rechtssachen; 15.022 Rechtsmittelentscheidungen und -akten anderer Dienststellen und deren Schriftsätze an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts sowie sonstige Überprüfungen, darunter Akten für den Berufungssenat, waren zu überprüfen.

Bei den zu überprüfenden Rechtsmittelakten und erstinstanzlichen Erledigungen war gegenüber 1981 eine Zunahme von 240 Akten oder 12,4 Prozent zu verzeichnen, bei der Überprüfung von Rechtsmittelentscheidungen ein Minderanfall von 2.057 Akten oder ein Minus von 12 Prozent festzustellen.

Angehörige des Rechtsmittelbüros hielten Vorträge in der Verwaltungsakademie der Stadt Wien und waren als Mitglieder und Referenten in Kollegialorganen (Abgabenberufungskommission, Bauoberbehörde, Berufungssenat, Landesagrarsenat) und Prüfungskommission sowie bei legislativen Beratungen tätig.

Die Vermittlung moderner Arbeits- und Managementmethoden konnte mit der Entwicklung und praktischen Erprobung einer eigenen, den Bedürfnissen der öffentlichen Verwaltung im allgemeinen und des Wiener Magistrates im besonderen optimal angepaßten Führungskonzeption in eine neue Phase treten. Die Prüfung der einzelnen in Organisationswissenschaft und Betriebswirtschaftslehre angebotenen Managementsysteme auf Eignung für die Verwaltung konnte abgeschlossen und der Transfer des neuen Führungsmodells in die Praxis eingeleitet werden.

Dem von der **Magistratsdirektion-Verwaltungstechnik (MD-VT)** angebotenen Konzept liegt ebenso wie der bei seiner Einführung praktizierten Transferstrategie die Tatsache zugrunde, daß dem Innovationswiderstand einer Organisation kein gleichartiges ablehnendes Verhalten des einzelnen Mitarbeiters gegenübersteht. Es erschien daher vielversprechend, die Verwaltungsreformbestrebungen nicht beim Kollektiv, also bei ganzen Dienststellen, sondern beim einzelnen Mitarbeiter, bei der einzelnen Führungskraft anzusetzen.

Hauptaktivität des Jahres 1982 in diesem Bereich war somit die praktische Erprobung der neuentwickelten Führungskonzeption. Zu diesem Zweck wurde eine Arbeitsgruppe jüngerer Führungskräfte auf freiwilliger Basis ins Leben gerufen, die das von der MD-Verwaltungstechnik entwickelte Konzept an Hand unmittelbar von den Dienststellen der Teilnehmer eingebrachter Probleme testete und den praktischen Erfordernissen der Verwaltung anpaßte. Das Ergebnis der Arbeit dieser Gruppe wird seit Herbst 1982 im Rahmen der Verwaltungsakademie der Stadt Wien von Mitarbeitern der MD-Verwaltungstechnik in Form von Seminaren vorgestellt.

Die Grundüberlegung der neuen Führungskonzeption, deren theoretische Basis im übrigen in einer Untersuchung im Rahmen des European Management Programme 1976 der Hochschulen Amiens, Leeds und Bielefeld (Les Modèles Cybernetiques de Gestion on de Management', Jakob Baur) die höchstmögliche Wertung erzielt hatte, geht davon aus, daß „Führen“ zu verstehen ist als das „Auslösen und Steuern von Prozessen“. Diese allgemeine und sehr umfassende Definition gestattet es, führen nicht nur als extrovertiertes Handeln zu verstehen, sondern auch auf den Bereich des Selbstmanagements auszudehnen. Wenn es aber möglich ist, dieselben Führungsprinzipien sowohl zum Führen von Mitarbeitern als auch zur Selbstführung anzuwenden, dann eröffnet sich dem einzelnen die Chance, Führungseigenschaften bereits lange vor der Erreichung einer Führungsfunktion durch bewußtes Training an sich selbst zu entwickeln. Darüber hinaus ist die Selbsterfahrung mit dem eigenen Führungsverhalten und dem Verständnis der Situation sowohl des Vorgesetzten als auch des geführten Mitarbeiters zweifellos von großem Nutzen.

Der Reformansatz vom Individuellen greift nicht in die bestehende Organisation ein. Vielmehr wird dadurch die allmähliche und mit der individuellen Entwicklung ihrer Mitarbeiter in harmonischer Übereinstimmung ablaufende Organisationsentwicklung ausgelöst und auch die Fortführung dieses kollektiven Entwicklungsprozesses über die von der individuellen Entwicklung gegebenen Impulse gesteuert.

Die im Bereich der Vermittlung moderner Arbeits- und Managementmethoden entfaltenen Aktivitäten der MD-Verwaltungstechnik forderten bisher weder einen Mehraufwand an Personal noch zusätzliche Budgetmittel, weder zusätzliche Erlöse noch Weisungen. Der unbürokratische Arbeitsstil, in dem hier eine vielversprechende Entwicklung eingeleitet wurde, kann als Beweis dafür angesehen werden, daß das neue Management-Konzept sich auch beim gegenständlichen Projekt selbst bereits bewährt. Die daraus hervorgehenden Impulse sind durchaus geeignet, die Wiener Stadtverwaltung bei der Bewältigung des Problemkomplexes „Verwaltungsreform“ in eine führende Position zu bringen.

Die Zentrale Textverarbeitung der MD-Verwaltungstechnik erstellte im Jahre 1982 Schriftgut für mehr als dreißig im Rathaus oder in Rathausnähe untergebrachte Dienststellen. Insgesamt wurden fast 50.000 Seiten A 4 sowie 2.700 Briefkuverts geschrieben.

Als Fortsetzung der bereits in den Vorjahren begonnenen Ausstattung peripherer Dienststellen mit Textsystemen wurden in den Magistratischen Bezirksämtern für die Bezirke 4/5, 6/7, 10, 13/14 und 15 sowie in den MA 12, 63 und 64 Schreibautomaten installiert. Bei der Auswahl der Fabrikate wurden — abgesehen von den dienststellenspezifischen Erfordernissen — die Grundsätze der Typeneinheitlichkeit und der Verlässlichkeit der Lieferfirmen hinsichtlich der Betreuung während der Einführungsphase sowie der Serviceleistung in den nachfolgenden Perioden beachtet.

Gemeinsam mit der MA 54 wurden auf der Grundlage einer Ausschreibung, bei der 22 Firmen zur Anbotslegung eingeladen wurden, die Kopiergeräte für 111 Dienststellen ausgewählt. Trotz der vielfältigen Anforderungen, die von den verschiedenen Anwendern an die Geräte gestellt werden (z. B. verschieden großes Kopiervolumen, sensible Originale, Kopien in verschiedenen Normgrößen, Verkleinerungsfaktoren, automatisches beidseitiges Kopieren, Schnelleinzug, Sorter, Münzeinwurf für die Herstellung von Parteikopien und andere Zusatzeinrichtungen), war es möglich, die Angebote so zu nutzen, daß der Gesamtdurchschnittspreis pro A 4-Kopie von 0,31 auf 0,26 S gesenkt wurde.

Im Bereich des Dienstpostenplanes hatte auch 1982 die bereits mit Wirksamkeit vom 1. Juli eingetretene Änderung der Anlage 1 zur Besoldungsordnung eine große Anzahl von Änderungen bei der Einstufung von Bediensteten zur Folge. Insgesamt waren an die 25.000 Berichtigungen in der Kartei vorzunehmen.

Im Zuge der weiteren Straffung der Personalgebarung erging an alle Dienststellen der Auftrag, Personalanforderungen an die MA 2 ausschließlich im Wege der Dienstaufsicht, des Dienstpostenplanes und der MD-VR zu richten. Daraus ergaben sich erheblich vermehrte Vormerkungen und Karteiarbeiten. Im Dienstpostenplan wurden zusätzlich fast 1.000 Änderungen (Vormerkungen, Streichungen, Umwandlungen usw.) erforderlich und die entsprechenden Verständigungen veranlaßt. Das Verzeichnis über den Dienstpostenplan 1983 wurde verfaßt und in Druck gelegt.

Neuaufnahmen, Versetzungen, Abgänge, Namensänderungen und Änderungen der dienstrechtlichen Stellung einzelner Bediensteter erforderten rund 50.000 Eintragungen und Vormerkungen.

Mitarbeiter des Dienstpostenplanes wirkten regelmäßig bei Revisionen mit. Die Vorbereitung des Anschlusses des Dienstpostenplanes an das EDV-Netz, wodurch mittels Terminals der Zugriff auf die Daten des Zentralindex und der Referateinteilungen ermöglicht werden soll, konnte abgeschlossen werden.

Am 1. Jänner 1982 sind zwei Bundesgesetze in Kraft getreten, die die von der Dienststelle Magistratsdirektion-Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten (MDZ) zu betreuenden Rechtsgebiete des Bestandrechtes und Medienstrafrechtes tiefgreifend verändert haben. Es sind dies das Mietrechtsgesetz, BGBl. Nr. 520/1981, und das Mediengesetz, BGBl. Nr. 314/1981. Zu einigen in Vorbereitung stehenden Gesetzentwürfen wurden vom strafrechtlichen Standpunkt Stellungnahmen abgegeben, wie etwa zu den Entwürfen eines Bundesgesetzes über die Sozialgerichtsbarkeit, eines Strafrechtsänderungsgesetzes 1982, eines Wohnbauförderungsgesetzes 1983 sowie zu den Entwürfen von Novellen des Dienstnehmerhaftpflichtgesetzes und des Wiener Feuerwehrgesetzes.

Die MDZ hat im Jahre 1982 sämtliche Dienststellen des Wiener Magistrates durch mündlich oder telephonisch erteilte Auskünfte, durch Teilnahme an Besprechungen und durch Verfassung von 330 schriftlichen Gutachten in zivil- und strafrechtlicher Hinsicht beraten, sei es durch Unterstützung bei der Gestaltung von Verträgen, sei es durch Lösung strittiger Rechtsfragen, wie etwa im Bereich der Vertragsauslegungen, des Liegenschaftsrechtes, des Zahlungsverkehrs, der Auftragsvergaben, des U-Bahn-Baues, des Schadenersatz- und Medienrechtes.

Im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau sind 34 neue Geschäftsstücke, unter anderem Beurkundungen von Rechtsgeschäften für die Sicherung künftiger Bauführungen und Geschäftslokalvergaben, angefallen, im Bereich der Vertretung städtischer Interessen vor Gericht 43 Strafsachen, 31 Besitzstörungsklagen, 282 Klagen wegen Hereinbringung von Eigenmittelerfordernissen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 und 558 Mahnklagen, die, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, positiv erledigt werden konnten. Ferner sind 331 sonstige Klagen oder vergleichsweise Ansprüche anhängig gemacht worden. Bei allen diesen Klagen waren in der Regel auch Exekutionsschritte zu setzen. Die Stadt Wien hatte auch 15 Verlassenschaftserwerbungen. In 557 Fällen war über die Vertretbarkeit von Entbindungen städtischer Bediensteter von ihrer Amtsverschwiegenheit für Einvernahmen vor Gericht oder Verwaltungsbehörden zu befinden und bei 172 Realexekutionen, gelegentlich



in Verbindung mit Kuratorbestellungen, bei 17 auf Grund von Verwaltungsbescheiden einzuleitenden Exekutionen und bei 331 Insolvenzfällen zu intervenieren.

Im Aufgabenbereich der Beurkundung, grundbuchtechnischen Abwicklung und Realisierung von liegenschaftsrechtlichen Fällen waren 461 Verträge, 3.579 Löschungs-, Freilassungs- und sonstige Zustimmungserklärungen auszufertigen, 43 Schuldscheine im Zusammenhang mit der von der Stadt Wien gewährten Wohnbauförderungsdarlehen auszufertigen und zu verbüchern, 338 Grundabteilungsgenehmigungsbescheide zu verbüchern, bzw. Grundbuchsordnungen herzustellen sowie 565 baubehördlich begründete Verpflichtungen grundbücherlich ersichtlich zu machen. Das starke Ansteigen der jährlichen Löschungserklärungen gegenüber der Belastungsziffer der Vorjahre erklärt sich aus dem im Jahre 1982 angefallenen Endtermin für die begünstigte Rückzahlung von Wohnbauförderungsdarlehen. Auch fällt das starke Ansteigen der Zahl der Hereinbringungsmaßnahmen bei Eigenmittelsatzdarlehen und der Verkäufe von Gründen, die vor Jahren durch Siedler auf Gemeindegrund verbaut worden sind, auf. Schließlich sind noch 232 sonstige Geschäftsstücke angefallen.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der **Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion (MD-BD)** umfaßte die Koordination der umfangreichen Aufgabenstellungen im technischen Bereich sowie bei Bauvorbereitung und Bau durchführung. Koordinierende Besprechungen, Dienstanweisungen sowie einschlägige Erlässe haben dazu beigetragen, ein möglichst reibungsloses Zusammenwirken der technischen Dienststellen zu erzielen. Anstehende Probleme genereller Art wurden durch die MD-Stadtbaudirektion bzw. deren Referate, spezielle Gruppenprobleme durch die Gruppenleiter, die gemäß § 11 a der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien als Bedienstete mit Sonderaufgaben bestellt sind, behandelt.

Die Vorbereitung bzw. Durchführung von Raumprogramm-, Wirtschaftlichkeits- und Projektbesprechungen diverser Bauvorhaben oblag der MD-Stadtbaudirektion. Dabei wurde besonders darauf Bedacht genommen, daß die Bauprojekte dem letzten Stand der technischen Wissenschaften entsprechen, funktionelle und wirtschaftliche Aspekte optimiert und insbesondere deren spätere Erhaltung und Betrieb in zweckmäßiger Weise geplant wurden. In diesem Zusammenhang wurden die „Richtlinien für planende Architekten“ überarbeitet. Bei allen Bauvorhaben des Hochbaues wurde dem Energiespargedanken der ihm zukommende Stellenwert gegeben, und es wurde immer wieder versucht, in diesem Sinne neue Impulse zu geben.

Im Jahre 1982 wurde ein Bezirkshallenbad fertiggestellt, eines befand sich in Bau, ein weiteres wurde zu bauen begonnen. Die umfangreiche koordinierende Tätigkeit für diese Bauten wurde von einem Projektkoordinator der MD-Stadtbaudirektion wahrgenommen.

Um eine einheitliche Vorgangsweise der technischen Dienststellen bei ihrer baubeaufsichtigenden Tätigkeit zu gewährleisten, war es notwendig, für die Einhaltung der ergangenen Richtlinien und Weisungen Sorge zu tragen. Dem Bereichsleiter für Fragen des Behindertenwesens wurde bei der Durchführung seiner Aufgaben für die MA 19, 23, 24 und 26 die erforderliche Unterstützung gegeben und bei der Beurteilung der Bauvorhaben einer behindertengerechten Planung wesentliches Augenmerk geschenkt. Die Verfolgung dieser Zielsetzungen wurde auch durch die Teilnahme an der Planungskommission für Krankenanstalten und Pflegeheime der Stadt Wien wahrgenommen. Im Zusammenhang mit der Durchführung von Baustelleninspektionen wurden Vorschläge für die dabei getroffenen Feststellungen ausgearbeitet.

Grundsätzliche Überlegungen und Veranlassungen zur Koordination von Maßnahmen im Straßenbereich wurden fortgeführt und die Sachgebiete Computerstadtkarte, Leitungskataster und Grundinformation zum Informationssystem „Straße und Verkehr“ zur Schaffung einer Mehrzweckkarte erfolgreich zusammengefaßt.

Über Auftrag von amtsführenden Stadträten wurden Einzelprobleme behandelt, zu durchlaufenden Akten Stellungnahmen verfaßt und Entscheidungsgrundlagen geliefert. Außerdem wurde an der Ausarbeitung von Erlässen des Magistratsdirektors mitgewirkt. Bestehende Erlässe für den eigenen Bereich wurden auf ihre Gültigkeit überprüft bzw. überarbeitet und neue Erlässe ausgearbeitet.

Die MD-Stadtbaudirektion vertritt die Stadt Wien in der Fachgruppe Bauingenieurwesen und in der Fachgruppe Datenverarbeitung im Ingenieurwesen des Österreichischen Ingenieur- und Architektenvereines, weiter im Bundesministerium für Bauten und Technik, in der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, in der Verbindungsstelle der Bundesländer und im Österreichischen Normungsinstitut mit dem Ziel, bundeseinheitliche standardisierte Leistungsbeschreibungen für verschiedene Fachgebiete sowie EDV-Programme für den gesamten Ausschreibungs-Vergabe-Abrechnungsbereich zu erstellen.

Die Texte der Baumeisterarbeiten der standardisierten Leistungsbeschreibung für Hochbauten, an deren Erstellung die MD-Stadtbaudirektion maßgebend beteiligt war, wurden vollendet, mit der Ausarbeitung der Texte für verschiedene Professionistenarbeiten wurde begonnen. Im Rahmen der Fachgruppe Bauingenieurwesen des Österreichischen Ingenieur- und Architektenvereines wurde unter Vorsitz der MD-Stadtbaudirektion eine Arbeitsgruppe Heizung-Lüftung-Sanitär mit dem Ziel gebildet, eine standardisierte Leistungsbeschreibung auf diesem Gebiet zu erstellen. In einer weiteren Arbeitsgruppe in diesem Gremium wird an der Erstellung einer standardisierten Leistungsbeschreibung für Elektrotechnik mitgearbeitet. Die Organisation und Verteilung der für die standardisierte Leistungsbeschreibung für Hochbauten notwendigen Unterlagen für sämtliche Dienststellen der Stadt Wien, die Hochbauten ausschreiben, wurden durchgeführt.

Sämtliche EDV-Aktivitäten der Dienststellen des technischen Bereiches wurden mit der MD-Automatische Datenverarbeitung koordiniert.

Die Großbauprojekte der Stadt Wien wurden netzplantechnisch betreut. Die regelmäßige Aktualisierung der Daten ermöglichte es, Schwierigkeiten rechtzeitig zu erkennen und die für die zu treffenden Entscheidungen notwendigen Informationen rechtzeitig bereitzustellen. Insbesondere für den Bau der U-Bahn-Linie U 1, den Umbau der Wientallinie der Stadtbahn in die U-Bahn-Linie U 4, bei der Planung der U-Bahn-Strecke U 3 und U 6 sowie bei der der Autobahn A 22 und A 4 war die netzplantechnische Terminüberwachung von großem Wert.

Die sechs Dampfkesselprüfungskommissionäre des Landes Wien haben die in der Dampfkesselverordnung vorgeschriebenen Untersuchungen und Prüfungen, die einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit dieser Anlagen darstellen, vorgenommen. Im Rahmen dieser Tätigkeit wurden 2.255 äußere Untersuchungen, 1.097 innere Untersuchungen, 682 Feuerzuguntersuchungen und 495 Wasserdruckproben durchgeführt. Außerdem wurden insgesamt 139 Bescheinigungen ausgestellt und 52 Betriebswärterprüfungen abgenommen, davon waren 31 für Dampfkesselwärter, 16 für Motorenwärter und 5 für Turbinenwärter.

An den Grundlagen für eine praxisgerechte und sinnvolle Vollziehung des Dampfkesselmissionsgesetzes, einerseits für die Dienststellen der Stadt Wien, andererseits für die Dampfkesselprüfungskommissionäre als Sachverständige nach dem Dampfkesselmissionsgesetz, wurde mitgearbeitet. Die Entwürfe der Durchführungsverordnung zum Dampfkesselmissionsgesetz wurden zusammen mit den zuständigen Magistratsabteilungen begutachtet und Stellungnahmen abgegeben.

An der Erstellung eines Müllkonzeptes wurde mitgewirkt, dabei wurden eingehende Untersuchungen über die Situation der Müllentsorgung Wiens durchgeführt.

Weiters wurde eine zentrale Kartei zur Erfassung sämtlicher Bediensteter, die in Normenausschüssen des Österreichischen Normungsinstitutes als Mitglieder fungieren, geführt und die Mitgliedschaft von technischen Dienststellen zu Vereinen und vereinsähnlichen Einrichtungen evident gehalten.

Im Zusammenhang mit der Realisierung des Schienenverbundprojektes hatte die MD-Stadtbaudirektion die bei der Planung und Bearbeitung offengebliebenen Probleme einer Klärung zuzuführen bzw. grundsätzliche politische Entscheidungen vorzubereiten. Die Kontakte und die Zusammenarbeit mit den Österreichischen Bundesbahnen konnten bei den Besprechungen, die in periodischen Abständen stattfinden, weiter vertieft und für beide Teile in fruchtbringender Weise gestaltet werden.

Die Vorbereitung und Durchführung von Aufschließungsarbeiten für Betriebsbaugebiete wurden koordiniert und für zukünftige Betriebsansiedlungen in Aussicht genommene Flächen aus technischer Sicht geprüft sowie mit den in Frage kommenden Dienststellen beraten.

Für die Handhabung der Bauordnung für Wien sowie ihrer Nebengesetze war es notwendig, entsprechende Dienstanweisungen herauszugeben und dafür vorzusorgen, daß alle Vorgangsweisen dem jeweiligen Stand der technischen Wissenschaft entsprachen, aber auch mit den geltenden baurechtlichen und sonstigen einschlägigen Rechtsvorschriften in Einklang standen.

In allen Angelegenheiten der Stadtplanung und Stadtgestaltung wurden die notwendigen Koordinierungen und Abstimmungen durchgeführt. In jenen Angelegenheiten, die die Nutzung und Verwendung städtischer Grundstücke sowie deren Freimachung betreffen, hat die MD-Stadtbaudirektion eine koordinierende Aufgabe innerhalb des Magistrates zu erfüllen. Unter diesen Auspizien wurden mit den Dienststellen intensive Kontakte aufgenommen, Besprechungen abgehalten und die Abstimmung der von diesen zu erfüllenden Aufgaben vorgenommen. Koordinierend wurde weiters gewirkt, unter anderem bei der Gestaltung und Realisierung von Erholungsgebieten und Freizeiteinrichtungen sowie bei Hochwasserschutzprojekten.

Weiters erfolgte die Abstimmung der Grundlagen für die Erstellung des Voranschlages für die MD-Stadtbaudirektion und der Dienststellen des technischen Bereiches. Dazu gehörten alle Vorarbeiten über die Perlustrierung bis zur endgültigen Festsetzung des Voranschlages. Alle diese Daten sind in der von der MD-Stadtbaudirektion auch im Jahre 1982 neu erstellten Zusammenstellung über die „Baulichen Investitionen“ für die Jahre 1983 bis 1987 enthalten. Diese Vorschau enthält alle Bauvorhaben, die bis 1982 begonnen wurden, und alle jene, die im Budgetjahr 1983 in Angriff genommen werden sollen. Weiters finden sich darin Angaben über die Gesamtkosten, Sachkredite, voraussichtlichen Ausgaben bis 1982 sowie alle noch notwendigen Bauraten bis einschließlich 1987. Die Vorschau weist außerdem die in Zusammenarbeit mit den Projektkoordinatoren ermittelten Daten aller notwendigen Budgetmittel für Großprojekte auf, die im Voranschlag als „Projektausweise“ enthalten sind. Es handelt sich dabei um die Hochbauvorhaben „Östlich Neureichgasse“, „Am Schöpfwerk“, „Aderklaaer Straße“ und „Sozialmedizinisches Zentrum Ost“, um das Tiefbauprojekt „Philadelphia-Brücke“ sowie um eine Zusammenfassung der Budgetansätze für die einzelnen Geschäftsgruppen. Die Zusammenstellung über die „Baulichen Investitionen“ bildet einen wesentlichen Bestandteil des Finanz- und Investitionsplanes 1983–1987, der dem Gemeinderat anlässlich der Budgetdebatte mit dem Voranschlag 1983 vorgelegt wurde.

Für die Erfüllung des Straßenbauprogramms (Gemeinde- und Bundesstraßen) wurden auch für das Jahr 1983 Gesamtkostenermittlungen durchgeführt. In diesen sind alle für die Einbautendienststellen (einschließlich

Stadtwerke) anfallenden Kosten zusammengefaßt. Durch die genaue Erfassung dieser Kosten wurde eine budgetmäßige Sicherung bei den Einbautendienststellen gewährleistet. Alle erarbeiteten Unterlagen und Zusammenstellungen wurden der Finanzverwaltung zur Verfügung gestellt. Ferner wird in der MD-Stadtbaudirektion ein **Auftragnehmerkataster** geführt. In diesem sind jene Firmen erfaßt, denen Aufträge durch die technischen Abteilungen des Magistrates übertragen werden. Die zentrale Erfassung bietet jederzeit einen Überblick über die Auftragslage der einzelnen Firmen hinsichtlich der für die Stadt Wien durchzuführenden Arbeiten. Die Effizienz dieser Einrichtung wird in Hinkunft noch aussagekräftiger gestaltet werden, da die Umstellung auf EDV nahezu abgeschlossen werden konnte. Monatlich wurden die Arbeitskräfte auf den Bau- und Arbeitsstellen der technischen Abteilungen der Hoheitsverwaltung statistisch erfaßt. In den Wintermonaten werden 14tägige Zählungen der Arbeitskräfte durchgeführt. Dadurch ist es möglich, besonders große Schwankungen in der Zahl der Beschäftigten rechtzeitig zu erkennen und eventuell notwendige Maßnahmen einzuleiten. Letztlich hat die Stadt Wien einen hervorragenden Anteil an der guten Beschäftigungslage des Bauhaupt- und Baunebengewerbes während der Wintermonate.

Ein weiteres Aufgabengebiet der MD-Stadtbaudirektion ist die Bearbeitung aller Vergebungsakte des technischen Bereiches, die in die Kompetenz eines Stadtrates oder Ausschusses fallen. Die laufende Befassung und Erfahrung ermöglicht es der MD-Stadtbaudirektion, etwa vorhandene Mängel im Vergabeakt festzustellen und im Einvernehmen mit der antragstellenden Abteilung zu beseitigen. Im Jahre 1982 wurden 1.926 protokollierte Akte bearbeitet und dabei eine Gesamtersparnis von rund 30 Millionen Schilling erzielt, wovon rund 10 Millionen Schilling auf Ziviltechnikervergaben entfielen. Des weiteren gehören freihändige Vergabungen schwierigster Art, die Prüfung der Honorarangebote der Ziviltechniker mit Ausnahme der Architekten, Raumplaner und Vermessungstechniker, Verhandlungen als zweite Instanz, Beurteilungen von Bauzeitverlängerungen und Pönale, diverse Umrechnungen, Lohnerhöhungen, Indexberechnungen, Vertragsauslegungen usw. zu den Agenden der MD-Stadtbaudirektion. Auch in diesen Fällen konnten im Interesse der Stadt Wien Kosten eingespart werden.

Im Jahre 1982 wurden in Form von vier „Verständigungen“, die einen Umfang von insgesamt 283 Seiten hatten, Arbeitsbehelfe für **Baupreis- und Verdingungsangelegenheiten** sämtlicher Dienststellen des technischen Bereiches, der Finanzverwaltung und diversen anderen Magistratesdienststellen zur Verfügung gestellt. Diese „Verständigungen“ bezog auch eine große Zahl amtlicher und halbamtlicher Stellen außerhalb des Magistrates der Stadt Wien. Die Gesamtauflage je Verständigung betrug 1.250 Stück. Ferner wurden die Dienststellen des technischen Bereiches im Jahre 1982 bis zum August in monatlichen „Verständigungen“ über die für die Zulassung zur Angebotstellung relevanten Veränderungen des Auftragnehmerkatasters informiert. Der Umfang der acht „Verständigungen“ betrug insgesamt 55 Seiten, die Auflage jeweils 920 Stück. Mit Dezember 1982 konnte auf Grund der EDV-Umstellung erstmals ein aktuelles und übersichtliches Verzeichnis über sämtliche registrierte Auftragnehmer den Dienststellen des technischen Bereiches zur Verfügung gestellt werden. Damit hat jede Dienststelle des technischen Bereiches sehr rasch eine Zugriffsmöglichkeit zum gesamten aktuellen Stand des Auftragnehmerkatasters.

Im Kreise der öffentlichen Auftraggeber im Bundesministerium für Finanzen zur Durchführung von Preisberichtigungen vertritt die MD-Stadtbaudirektion die Stadt Wien und konnte dadurch bei allen Beratungen und Abschlüssen für die Stadt Wien vertretbare Ergebnisse erzielen. Preisveränderungen aller Art am Baustoffsektor wurden nach Rücksprache mit der Paritätischen Kommission festgelegt. Außerdem ist die MD-Stadtbaudirektion in fast allen Fachnormenausschüssen sowie in der AGÖST (Arbeitsgemeinschaft Österreichisches Standardleistungsbuch) vertreten.

Einen weiteren Schwerpunkt der Tätigkeit der MD-Stadtbaudirektion bildet auch die Vorbereitung von städtischen Hochbauvorhaben und die Koordinierung aller baulichen Maßnahmen, die damit in diesem Zusammenhang stehen.

Neben dem Wohnbauprogramm galt es im Jahre 1982, ein Sonderwohnbauprogramm der Bundesregierung zu erfüllen. So war es unter Mithilfe aller beteiligten Dienststellen gelungen, im Rahmen des Sonderwohnbauprogramms mit dem Bau von 1.523 Wohnungseinheiten und im Rahmen des kommunalen Wohnbauprogramms mit dem Bau von 1.869 Wohnungseinheiten — zusammen also 3.392 Wohnungseinheiten — zu beginnen. Dies war nur dadurch möglich, daß Projekte, deren Baubeginn für das Jahr 1983 vorgesehen war, vorgezogen wurden. Von den im Jahre 1982 begonnenen Wohnbauvorhaben kann der überwiegende Teil der Stadterneuerung zugerechnet werden bzw. liegen diese im dichtverbauten Gebiet. Naturgemäß ergibt sich damit ein längerer Vorbereitungszeitraum, da die Absiedlungen, insbesondere jene von Lokalen und Firmen, sehr langwierig sind. Neben der Bauvorbereitung weiterer Hochbauvorhaben, wie Schulen, Kindertagesheime usw., wurden auch gemeinsam mit der MA 69 sogenannte § 43-BO-Flächen behandelt und im Enteignungsfalle dem Wohnbau zugeführt.

Die Hochbauvorhaben in 10, Neilreichgasse, in 12, Am Schöpfwerk, und in 22, südlich Aderklaaer Straße, die im Voranschlag und Finanzplan als „Projektausweise“ enthalten sind, wurden zeit- und kostenmäßig weiterverfolgt. Sämtliche Wohnbauvorhaben werden nunmehr netzplanmäßig erfaßt, um eine bessere Kontrolle über die

Ablaufplanung bis zum Baubeginn zu erhalten. Damit können kritische Wege rechtzeitig erkannt und die erforderlichen Maßnahmen gesetzt werden. Weiters werden mit Hilfe der Datenverarbeitung die Kosten der äußeren Aufschließung der in Bearbeitung stehenden Wohnbauprojekte behandelt, um so die Ver- und Entsorgung sowie die straßenmäßige Erschließung sicherstellen zu können.

Die MD-Stadtbaudirektion nahm im Jahre 1982 379 **B e f ä h i g u n g s p r ü f u n g e n** ab, 296 Kandidaten konnten approbiert werden. Bei Baumeisterprüfungen erhielten von 33 Kandidaten 21 das Befähigungszeugnis, 12 mußten zurückgestellt werden. Auch bei der Befähigungsprüfung für das Elektrikergewerbe bestanden von 31 Kandidaten nur 16, bei den Gas- und Wasserinstallateuren 12 von 19 Geprüften. Bei Ziviltechnikerprüfungen bestanden 66 von 81 Geprüften. Die Dienstprüfung für die Verwendungsgruppe B haben alle 47 Kandidaten, die für die Verwendungsgruppe C und D von 83 Kandidaten 81 erfolgreich bestanden. Die Abschlußprüfung für bautechnische Zeichenlehrlinge wurde von allen 7 Kandidaten erfolgreich abgelegt. Außerdem wurden die Ausbildung von 35 bautechnischen Zeichenlehrlingen überwacht und die Einschulung bzw. Weiterbildung von 90 Bediensteten, die zu den „Rundfahrten Modernes Wien“ eingeteilt sind, sowie die Zusammenstellung der Routen durchgeführt.

Am 31. Dezember 1982 unterstanden der Dienstaufsicht der MD-Stadtbaudirektion insgesamt 9.312 Bedienstete, und zwar technisches Personal, Arbeiter und Saisonarbeiter. Für Bedienstete der Technischen Abteilung wurden 280 Anträge für Dienstreisen im Inland und 128 für Dienstreisen in das Ausland gestellt und bearbeitet. Die diesbezüglichen Reisekostenrechnungen sowie die der 2.392 genehmigten Inlandsdienstreisen wurden nach Überprüfung der formalen Erfordernisse der MA 3 zur Anweisung zugeleitet.

Während der Sommermonate 1982 waren 69 inländische Ferialpraktikanten in diversen technischen Dienststellen beschäftigt.

Schließlich wurden 3.213 Theater-, Reserve- und Permanenzdienste vorgeschrieben.